

2  
**JA**

Jahresbericht 2016

3  
**HR**

Arbeitsschwerpunkte

4  
**ES**

Stimmen aus der Industrie

5  
**BE**

Branchenberichte

6  
**RIC**

Die chemische Industrie

7  
**HT**

Geschäftsverteilung

8  
**20**

Ausschüsse

9  
**16**

Statistik

# Inhaltsverzeichnis

## ARBEITSSCHWERPUNKTE

- 6 Chemikalienrecht 2016/2017**  
REACH – alte Herausforderungen gehen weiter, neue sind in Sicht
- 8 Auf der Suche nach Kriterien für hormonschädigende Stoffe**  
Eine Definition für endokrine Stoffe konnte auch 2016 nicht gefunden werden.
- 10 Kreislaufwirtschaftspaket – Circular Economy Package**  
Eine Gratwanderung: Ressourceneffizienz steigern und Wettbewerbsfähigkeit erhalten
- 11 Abfallrecht**  
Auf der Suche nach praktikablen Lösungen
- 12 Energie und Klima**  
Energiepolitik darf Wirtschaftsstandort nicht gefährden
- 14 Umweltrecht**  
Licht und Schatten im Umweltrecht
- 15 Arbeitswelt**  
Krebserzeugende Stoffe im Fokus des Arbeitsschutzes
- 16 Gefahrguttransport – TUIS**  
Vorbereitung auf neues Gefahrgutrecht 2017
- 16 Kunststoff in Gewässer**  
Ziel des Zero Pellet Loss Paktes bereits nach einem Jahr erreicht
- 17 Responsible Care**  
Ein Commitment für Mensch und Umwelt Betriebe mit Responsible Care
- 18 Forschung**  
Wirkungsevaluierung der Forschungsprämie
- 18 Veranstaltungen**  
Mitglieder und Stakeholder konnten sich bei zahlreichen Events informieren
- 19 Biotechnologie**  
Unklarheiten bei Biopatenten
- 20 Bildung**  
In Bildung investieren heißt in Zukunft investieren
- 21 Kommunikation**  
Die Öffentlichkeitsarbeit 2016 stand ganz im Zeichen der Innovation

## DIE STIMME AUS DER INDUSTRIE – NEWSLETTER

- 23 Die Förderung von chemischer Bildung und Forschung ist unentbehrlich**  
DI Dr. Alexander Bouvier
- 24 Wünsche anlässlich Weihnachten**  
DI Helmut Schwarzl
- 25 Rückblick auf das postfaktische Jahr 2016**  
Mag. Sylvia Hofinger
- 26 Eine neue Basis für den Standort**  
Mag. Christian Thonke
- 27 Von leidenschaftlichen Unternehmern zu trumpschen Kampfgeist**  
MMag. Dr. M.A. Ilse Bartenstein
- 28 Innovationskraft – das Erfolgsrezept gerade in unruhige Zeiten**  
Dr. Stefan Doboczky
- 29 Die chemische Industrie im Zeitalter des „Postfaktischen“**  
DI Roman Eberstaller
- 30 Die chemische Industrie im Wandel zu Chemie 4.0**  
KommR Ing. Hubert Culik
- 31 Hoffen auf EMA-Ansiedlung in Wien**  
KommR. Dkfm. Dr. Johann F. Kwizda
- 32 Neue Biopharma-Anlage bringt 700 Mio. Euro für Wien**  
Philipp von Lattorff
- 33 Die saubere Industrie ist keine Illusion**  
Ing. Franz Geiger
- 34 Der Stellenwert der produzierenden Wirtschaft für die Gesellschaft**  
Komm.-Rat Ing. Wolfgang Haider

## DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

- 36 Wirtschaftsbericht**  
Chemische Industrie Österreichs 2016
- 37 Pharmazeutische Industrie**  
Zähe Verhandlungen mit dem Hauptverband prägten das Jahr
- 38 Kunststoffe**  
Bauökologische Diskussionen lassen Weitblick vermissen
- 39 Biokraftstoffe**  
Umgestaltung der europäischen Biokraftstoffpolitik gibt Grund zur Sorge
- 40 Düngemittel**  
Neues Düngemittelrecht macht Produzenten Sorgen
- 40 Pflanzenschutz**  
Wirkstoff-Kahlschlag verhindern
- 41 Waschmittel/Kosmetik/Aerosole**  
Branche überproportional durch Chemikalienrecht belastet
- 42 Lacke und Anstrichmittel**  
Aufwärtstrend konnte weiter zulegen
- 43 Bauchemie**  
Erfreuliche Zuwächse bei Bauklebstoffen
- 43 Faserindustrie**  
Wachstum auf Rekordniveau, Marktbedingungen unberechenbar
- 43 Technische Gase**  
Moderater Aufschwung
- 44 Bitumenemulsionen**  
Fokus auf Straßenerhaltung erhöht Nachfrage
- 44 Kautschukverarbeitende Industrie**  
Umsatzrückgänge trotz Marktgewinne
- 44 Dachbahnen**  
Auftragslage im öffentlichen Bereich lässt zu wünschen übrig

## ANHANG

- 46 Geschäftsverteilung**
- 47 Ausschüsse**
- 48 Statistik**

## IMPRESSUM

Herausgeber: Fachverband der Chemischen Industrie Österreichs, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, Österreich. Redaktion und Text: FCIO. Gestaltung: effundwe.at. Druck: Donau Forum Druck Ges. m. b. H., www.donau-forum-druck.at. Bildquellen: shutterstock, Sarah Maria Kölbl (S. 19), FCIO/Marko Kovic (S. 19), FCIO/Oskar Steimel (S. 21), Petra Blauensteiner/ÖGUT (S. 21), Treibacher (S. 23), Felix Büchele (S. 24), APA Fotoservice (S. 25), Novartis (S. 26), G.L. Pharma (S. 27), Lenzing AG/Franz Neumayr (S. 28), Sunpor (S. 29), Helios (S. 30), Boehringer Ingelheim/Rainer Mirau (S. 32), OTS/Architekt Podsdense (S. 32), Donau Chemie AG (S. 33)

## Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,



Komm.-Rat Ing. Hubert Culik, MAS  
Fachverbandsobmann

Brexit, Donald Trump, die Erfolge der Rechtspopulisten in Europa und der wachsende Protektionismus – sind dies alles Anzeichen einer Krise? Es kommt einem so vor, als wäre die Vernunft ins Hintertreffen geraten. Die Menschen lassen sich von Gefühlen treiben und vertrauen nicht mehr auf Daten und Fakten.

In solch herausfordernden Zeiten ist es für die chemische Industrie wichtig, sich auf die eigenen Stärken zu besinnen und diese weiter auszubauen: Gerade der Innovationskraft unserer Branche hat die Menschheit unzählige Errungenschaften zu verdanken. Denn Chemie liefert die Antworten auf viele Fragen und Lösungen für viele Probleme. Sie ist die Grundlage für Fortschritt. Leichtere Autos und Flugzeuge, leistungsfähigere Akkus, schnellere Rechenchips, ausreichende Ernährung für eine wachsende Weltbevölkerung, Bekämpfung von Krankheiten, Sicherung der Energieversorgung und vieles mehr wäre ohne Innovationen der chemischen Industrie gar nicht möglich.

Bei einer Umfrage des Fachverbandes unter den Mitgliedern gaben 26 Prozent der Unternehmen an, dass mehr als 30 Prozent des Umsatzes von Innovationen erwirtschaftet wird, die jünger als 5 Jahre sind. Das ist eine erstaunliche Zahl, wenn man bedenkt, wie lange der Weg von der Idee zur Innovation dauern kann und wie steinig er manchmal ist. Daher ist es von großer Bedeutung, das Bild unserer Branche in der Öffentlichkeit von eben dieser Seite zu beleuchten.

Wie weit die Bandbreite der Forschung ist, zeigte eindrucksvoll eine Veranstaltung des Fachverbandes zu diesem Thema: Der Innovation Day 2016. Mit ihrem breiten Spektrum ermöglicht die chemische Industrie neuartige Entwicklungen für zahlreiche Anwendungen und auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette. Unter dem Begriff Chemie 4.0 fasst der Fachverband den Trend zu smarten Produkten mit bestimmten funktionellen Eigenschaften (Smart Chemistry) ebenso wie die Suche nach einem Ersatz für Erdöl (Green Chemistry) zusammen.

Eine weitere Schiene, die zunehmend an Bedeutung gewinnt und momentan unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“ in aller Munde ist, stellt die Digitalisierung dar. Das Internet revolutioniert die Produktion. Ausgehend von der Fertigungsindustrie wird jetzt auch die Prozessindustrie wie die chemisch-pharmazeutische Industrie von diesem Thema erfasst. In einer Umfrage gaben zwei Drittel der befragten Mitglieder an, dass das Thema „Digitalisierung“ bereits Teil ihrer Unternehmensstrategie ist. Ob zur Früherkennung von Wartungsbedarf bei Anlagen, in der Logistik, beim 3D-Druck oder Digital Farming, die Möglichkeiten, die sich aus der intelligenten Verknüpfung von Digitalisierung, Datenmanagement und Kommunikationsprozessen ergeben, sind vielfältig und werden im kommenden Jahr zu einem wichtigen Thema des Fachverbandes werden.

Auch wenn die österreichische chemische Industrie im Jahr 2016 nicht den erhofften Ausstieg aus der Stagnation schaffte und mit einem Umsatzrückgang von 0,6 Prozent ein fünftes Jahr in Folge auf dem Niveau von 2012 verharrte, so hat die Branche in Österreich im europäischen Vergleich doch positiv abgeschnitten und befindet sich insgesamt auf einem guten Weg. Der Anstieg bei Beschäftigten und bei den Investitionen lässt einen Aufwind spüren, der sich hoffentlich 2017 auch in den anderen Zahlen niederschlägt. Ich bin zuversichtlich, dass wir es schaffen, gemeinsam einen erfolgreichen Weg zu gehen, der einen neuen Aufschwung für die chemische Industrie einleiten wird.

Ihr

Komm.Rat Ing. Hubert Culik, MAS



Responsible Care  
Verantwortung hat Zukunft

# ARBEITS- SCHWERPUNKTE

Die chemische Industrie ist von Regulierungen so stark betroffen, wie kaum eine andere Branche. Zwischen 2004 und 2014 verdoppelten sich die Gesetzesfolgekosten, die die Branche europaweit zu tragen hatte, auf insgesamt 9,5 Milliarden Euro pro Jahr. Mit 33 Prozent machten die Kosten, die durch die Erfüllung der Gesetze zu Emissionen und industriellen Verfahren entstanden, den größten Teil aus, dicht gefolgt von den Ausgaben im Rahmen der Chemikaliengesetzgebung. Auch die europäische Gesetzgebung zu Arbeits- und Gesundheitsschutz hat enorme Auswirkungen auf die Kosten der Unternehmen der chemischen Industrie. Ein Hauptanliegen des Fachverbandes ist daher die Verbesserung der Effizienz in der Gesetzgebung sowie ein Abbau der Bürokratie.

Chemikalienrecht 2016/2017 .....	6
Auf der Suche nach Kriterien für hormonschädigende Stoffe .....	8
Kreislaufwirtschaftspaket – Circular Economy Package .....	10
Abfallrecht .....	11
Energie und Klima .....	12
Umweltrecht .....	14
Arbeitswelt .....	15
Gefahrguttransport – TUIS .....	16
Kunststoff in Gewässer .....	16
Responsible Care .....	17
Forschung .....	18
Veranstaltungen .....	18
Biotechnologie .....	19
Bildung .....	20
Kommunikation .....	21

# Chemikalienrecht 2016/2017

## REACH – alte Herausforderungen gehen weiter, neue sind in Sicht

Substantielle Änderungen bei REACH, CLP und Bioziden gab es im abgelaufenen Jahr nicht, und dennoch bedeutet dies keineswegs, dass der stoffrechtliche Marathon beendet und Zeit zum Verschnaufen ist.

Eine kumulierte Kostenabschätzung der EU-Kommission für die chemische Industrie zeigt, dass EU-weit die Einhaltung dieser Rechtsmaterien etwa ein Drittel der Gesamtkosten von 9,5 Milliarden Euro im Zeitraum 2004–2014 ausmacht.

### Vorbereitungen auf REACH 2018

Bei der REACH-Verordnung steht die Registrierung 2018 vor der Tür. Gerade für die Stoffe zwischen einer und 100 Jahrestonnen werden die REACH-Kosten entscheidend dafür sein, ob eine Registrierung durchgeführt wird oder nicht. Hier gilt es für alle Mitglieder des Fachverbandes, egal ob als potentielle Registranten oder als Verwender von Chemikalien, vorbereitet zu sein. Zahlreiche Veranstaltungen des Fach-

verbandes (in Kooperation mit der umweltpolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer) boten im Jahr 2016 die Möglichkeit zur Information und Orientierung.

173 besonders besorgniserregende Stoffe wurden bis heute als Zulassungskandidaten identifiziert, darunter Stoffe, die als Lösungsmittel und Katalysatoren für Teilbereiche der chemischen Industrie unverzichtbar sind. 31 Stoffe unterliegen bereits dem Zulassungsverfahren, 11 weitere

werden im ersten Halbjahr 2017 folgen. Zusätzlich wachsen die Verwendungsbeschränkungen von Stoffen unter REACH ständig weiter. So wird etwa die Verwendung Bisphenol A und Nonylphenolethoxylate aufgrund von hormonschädigenden Wirkungen eingeschränkt. Die Vorstöße der europäischen Kommission, Gruppen von hunderten CMR-Stoffen (krebserzeugender, mutagener oder reproduktionstoxischer Stoffe) gleichzeitig in bestimmten Erzeugnissen ungeachtet der Exposition zu beschränken – in Bauprodukten etwa genauso wie in Textilien), bedeuten eine Beschleunigung der Prozesse mit einer Zunahme der Betroffenheiten.

Auch die Kommunikation in der Lieferkette auf Basis der unter REACH entwickelten Expositionsszenarien entwickelt sich ständig weiter. Die sichere Verwendung von Chemikalien steht auch 2017 im Fokus des EU-weiten Vollzugsprojekts.

### Umstellung auf CLP abgeschlossen, doch neue Hürden absehbar

Die Umstellung auf die CLP-Verordnung wurde seitens der chemischen Industrie bereits Mitte 2015 vollzogen, die letzte Übergangsfrist für den Abverkauf noch „alt“ gekennzeichnete Produkte endet Mitte 2017. Allerdings gilt es, neue Änderungen im Rahmen des UN-GHS sowie für neue harmonisierte Einstufungen ständig im Blick zu behalten: bestes Beispiel dafür ist der Vorschlag zur Einstufung von Titandioxid als krebserzeugend, der in 2017 intensiv diskutiert wird und enorme Auswirkungen für die gesamte chemische Industrie haben kann.

Insbesondere die Konsequenzen von Neueinstufungen und Umstufungen unter CLP auf nachgelagerte europäische oder nationale Rechtsmaterien sind immer ein Thema. Von ganz besonderer Bedeutung für Verwender von Chemikalien ist dabei, dass eine neue Einstufung nicht unmittelbar zu einer rechtlich untragbaren Situation führt, sondern dass jedem Unternehmen durch praktikable Übergangsregelungen die Möglichkeit gegeben wird, sich auf die geänderten Bedingungen einzustellen.

### EU-weite Harmonisierung der Meldung an Vergiftungsinformationszentralen

Zusätzlich müssen sich die Unternehmen auf die beschlossene Harmonisierung bei der Meldung an Vergiftungsinformationszentralen vorbereiten. Anstelle der Übermittlung eines Sicherheitsdatenblat-

tes an das österreichische Umweltbundesamt bedeutet die künftige Meldung der Rezeptur für gefährliche Gemische sicherlich einen Zusatzaufwand. Auf längere Sicht wird aber nicht nur Rechtssicherheit in der EU gewährleistet, sondern es wird sich auch – nach anfänglich gesteigertem Ressourcenbedarf – der Aufwand für die Unternehmen in Zukunft deutlich verringern. Für österreichische Betriebe kann die Harmonisierung der Meldungen laut einer Kostenschätzung der EU-Kommission zu einer Gesamtersparnis von etwa 10 Millionen Euro jährlich führen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass es zu einer tatsächlichen Harmonisierung in allen EU-Mitgliedstaaten kommt, die nur durch ein zentrales Übermittlungsportal gewährleistet wird. ECHA arbeitet bereits daran.

### Biozidrecht als Herausforderung für betroffene Unternehmen

Das Biozidrecht ist für betroffene Mitglieder des Fachverbandes besonders belastend. Holzschutzmittel, Desinfektionsmittel und viele andere Biozidprodukte können nicht mehr ohne umfangreiche EU-Bewertung der Wirkstoffe und Produktzulassung in Verkehr gebracht werden. Die Befürchtung ist groß, dass aufgrund der komplexen und kostenintensiven Anforderungen viele Wirkstoffe in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Dies betrifft nicht nur Biozidprodukte selbst, sondern in weiterer Folge auch viele andere Chemikalien, wenn die Zahl der Konservierungsmittel drastisch eingeschränkt wird.

In zahlreichen Diskussionen mit allen Beteiligten setzt sich der Fachverband immer wieder für angepasste Rahmenbedingungen bei der Zulassung der Wirkstoffe und andere rechtliche Erleichterungen ein, beispielsweise bei Biozidproduktfamilien oder bei der Zulassung gleicher Biozidprodukte. Die hohen Gebühren im Biozidprodukteregime werden vom FCIO ebenso kritisch gesehen wie das vom BMLFUW geplante elektronische Melderegister „e-Biozide“, das eine verpflichtende Meldung der in Verkehr gebrachten bioziden Wirkstoffe vorsieht.

### Auch für Düngemittel kommen neue EU-Regelungen

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Pakets zur Kreislaufwirtschaft einen Verordnungsvorschlag für den Verkauf von Düngemitteln mit CE-Kennzeichnung vorgelegt. Mit der Neugestaltung des

Düngemittelrechts sollen zukünftig nicht nur anorganische Düngemittel, sondern auch organische Düngemittel, Bodenverbesserungsmittel, Kultursubstrate u.ä. europaweit geregelt werden. Der Fokus muss hier klar auf einer praktikablen Ausgestaltung der Kennzeichnungsanforderungen, auf harmonisierten Grenzwerten für Schwermetalle und auf einer verpflichtenden Konformitätsbewertung für EU-Düngemittel liegen.

### Nanomaterialien – die regulatorischen Aktivitäten gehen in die richtige Richtung

Nicht zuletzt auf Bestrebungen der Industrie und des Fachverbandes, die wiederholt die Probleme mit einem Nano-Melderegister aufzeigten, konnte ein solches EU-weites Register vermieden werden. Stattdessen wurde die Entwicklung eines „Nanomaterials Observatory“ (EU-ON) beschlossen. Ziel des EU-ON ist es, objektive und zuverlässige Informationen über Produkte und Sicherheitsaspekte von Nanomaterialien auf dem EU-Markt zu geben.

Im Gegensatz zu den Entwicklungen in Europa hat die US-EPA kürzlich eine Meldepflicht für Nano-Materialien verabschiedet. Die Verpflichtung erfordert eine einmalige Meldung für nanoskalige Materialien vor deren Herstellung oder Verarbeitung. Diese Entwicklung könnte dazu beitragen, den Druck auf die Einführung eines europäischen Melderegisters zu erhöhen.

In einem richtungsweisenden Urteil hat die ECHA-Widerspruchskammer mehrere Daten-Nachforderungen der Agentur zu Nanomaterialien an REACH Registranten zurückgewiesen. Begründet wurde die Ablehnung damit, dass Nanostruktur und Nanoform bislang noch nicht definiert sind, und daher die Forderung gegen den Grundsatz der Rechtssicherheit verstoße.

### Bessere Rechtsetzung notwendig

All diese genannten stoffrechtlichen Regelungen haben eines gemeinsam: sie stellen trotz intensiver Vorbereitung der Unternehmen unterstützt durch zahlreiche Initiativen des Fachverbandes eine gewaltige Herausforderung für die chemische Industrie dar. Zu hoffen bleibt, dass die EU-Kommission im Rahmen ihres „Better Regulation“ Prozesses, aber auch die nationale Politik die richtigen Konsequenzen zieht. Anstelle immer neuer, verschärfter Regelungen sollte nun die Zeit für Konsolidierung und administrative Erleichterungen sein.



# Auf der Suche nach Kriterien für hormonschädigende Stoffe

Eine Definition für endokrine Stoffe konnte auch 2016 nicht gefunden werden.

Hormonschädigende Eigenschaften in Kriterien zu fassen, die bereichsübergreifend Gültigkeit haben, ist ein schwieriges Unterfangen. Und eines mit großer Relevanz für die betroffenen Branchen. Regelungen für endokrine Disruptoren sind nicht nur in der Pflanzenschutz (PSM)- und Biozidprodukte-Gesetzgebung sowie in REACH vorgesehen, sondern auch im Kosmetikbereich, bei Lebensmittelkontaktmaterialien, Medizinprodukten, Gebrauchsgegenständen, Spielzeug sowie in der Wasserrahmenrichtlinie.

## Vorschläge auf EU-Ebene

Nach jahrelanger Diskussion hat die EU Kommission am 15. Juni 2016 den Entwurf für Kriterien veröffentlicht, die zunächst im Rahmen der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten Anwendung finden sollen. Ein Impact Assessment auf EU-Ebene musste davor aufgrund der Komplexität und wissenschaftlicher Divergenzen unterbrochen werden, wodurch die gesetzliche Frist für eine Regelung nicht eingehalten werden konnte. Schließlich klagte Schweden die Europäische Kommission auf Untätigkeit. Am 16. Dezember 2015 urteilte das Gericht der Europäischen Union,

dass die EU-Kommission gegen Unionsrecht verstoßen habe. Die daraufhin schnell vorgelegten Kriterienentwürfe (siehe Faksimile) sind seitdem in intensiver Diskussion. Während sie vielen NGOs nicht weit genug gehen, sieht die Industrie hingegen die Kriterien als nicht geeignet, um harmlose Stoffe von solchen mit schwerwiegenden Schäden aus dem Hormonsystem des Menschen zu unterscheiden.

## Gefahr und Risiko

Die Effekte auf Mensch und Umwelt, die von hormonschädigenden Stoffen ausgehen, sind eine Eigenschaft, die von der Industrie ernst genommen wird. Stoffe, die solche Wirkungen haben, gehören identifiziert und reguliert.

Dabei läuft man bei diesem Merkmal leicht Gefahr, im Gießkannenprinzip Stoffe zu verbieten, bei denen der Nutzen für die Gesellschaft weit größer ist, als das Risiko. Denn der Kontakt mit einem hormonschädigenden Stoff bedeutet nicht zwangsläufig, dass der menschliche Körper Schaden nimmt. Sehr viele Stoffe, die uns täglich umgeben, beispielsweise in Hülsenfrüchten,

Kaffee, Bier oder Getreide, sind derartige Stoffe.

Die sogenannten Phytoöstrogene haben positive Eigenschaften für den menschlichen Körper, können aber in großen Mengen auch schädliche Wirkungen entfalten. Das Gleiche gilt für Stoffe, die als Pflanzenschutzmittel oder biozider Wirkstoff eingesetzt werden. Ein Beispiel ist Vitamin D3, ein essentielles Vitamin, das Schwangeren und Säuglingen zur Supplementierung verabreicht wird. Und: Vitamin D3 ist ein Rodentizid unter der Biozid-Verordnung.

## Der Nutzen wird ignoriert

Stoffe, die kein Risiko für den Menschen oder Nicht-Ziel-Organismen darstellen, sollen der Gesellschaft weiterhin zur Verfügung stehen.

Auf den sozialen Nutzen wird in der Diskussion vielfach vergessen – Pflanzenschutzmittel und Biozide sind zum Schutz der menschlichen Gesundheit zwingend notwendig. Gesunde Lebensmittel, frei von Schimmelpilzen oder anderen Krankheiten, werden erst durch Pflanzenschutzmittel sichergestellt. Dank der niedrigen Ernteaufträge in Österreich und der EU gewährleistet werden. Dies wiederum ermöglicht eine Versorgung mit regionalen Produkten. Gerade dem Kampf gegen Schimmelpilze kommt hier große Bedeutung zu. Ein Kampf, der in früheren Zeiten nur allzu oft verloren ging: Mykotoxine, die von Schimmelpilzen produziert werden, führen zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden an verschiedensten Organen und können Krebs auslösen. Mutterkorn, ein Pilz der Getreide befällt, galt als eine der schlimmsten Plagen im Mittelalter.

Biozidprodukte sichern dem Menschen hygienische Bedingungen, beispielsweise in Krankenhäusern, und verhindern so Infektionen mit gefährlichen Keimen oder Schadorganismen. Beispielsweise ist Jod als biozider Wirkstoff zur Desinfektion für die menschliche Hygiene und im Veterinärbereich zugelassen, sowie zur Desinfektion von Leichen oder Tierkadavern. Gibt es im Spital keine wirksamen Desinfektionsmittel oder Schädlingsbekämpfungsmittel mehr, breiten sich Krankenhauskeime verstärkt

aus. In Kombination mit der Zunahme an antibiotikaresistenten Keimen ist das eine besorgniserregende Entwicklung.

## Die richtigen Kriterien

Die von der EU Kommission vorgeschlagenen Kriterien identifizieren endokrine Disruptoren rein danach, ob irgendeine Art von Schaden an Organismen ausgelöst werden kann. Das Risiko, einen solchen Schaden zu erleiden, wird dabei nicht als Merkmal einbezogen. Die Berücksichtigung des Risikos – also der Wahrscheinlichkeit eines Schadens – ist im Bereich der endokrinen Disruptoren jedoch besonders wichtig. Das hohe Risiko ist jenes, das sinnvollerweise identifiziert und geregelt gehört – und nicht das vernachlässigbare. Bei der Regulierung der richtigen hormonschädigenden Stoffe muss daher zusätzlich besonderes Augenmerk auf weitere Stoffeigenschaften gelegt werden:

- Der Schweregrad der Schädigung: Schädigende Effekte können schwerwiegend, erheblich oder gering sein. Nur Stoffe, bei denen schwerwiegende irreversible Schäden befürchtet werden müssen, gehören reguliert.
- Die Potenz: Bei einem hochpotenten hormonschädigenden Stoff genügen geringe Mengen um schwere Wirkungen zu erzielen. Hier ist es wichtig zu regulieren.

Werden diese Kriterien nicht mitberücksichtigt, wird die Identifizierung bedenklicher Stoffe scheitern. Die Gefahr ist groß, dass dann viel zu viele Biozidprodukte und Pflanzenschutzmittel unnötig vom Markt genommen werden müssen. Das bedeutet einerseits wirtschaftlichen Schaden, aber auch Gefahren für die Nahrungssicherheit und Lebensmittelversorgung.

Ein anschauliches Beispiel ist die Anwendung der vorgelegten Kriterien

bezüglich Koffein: Die Ausschüttung von Adrenalin ist in niedrigen Dosen positiv, sie kann jedoch bei großen Mengen Kaffee beispielsweise Herz-Kreislauf-Schäden hervorrufen. Kommen die vorgelegten Kriterien zur Anwendung, bedeutet dies, dass Kaffee zwar noch getrunken werden darf, der Kaffeesatz aber nicht als Blattläusmittel eingesetzt werden kann.

## Wirkstoff-Kahlschlag

Die European Crop Protection Association ECPA hat in einer Studie zu den Auswirkungen der angestrebten Gesetzgebung für Pflanzenschutzmittel recherchiert, dass 75 von insgesamt 400 Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffen verloren gehen, wenn kein risikobasierter Ansatz verfolgt werde. Untersucht wurden dabei die neun größten Agrarmärkte in der Europäischen Union (Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Polen, Spanien, Italien, Niederlande, Irland und Österreich) und die Ergebnisse auf die gesamte EU hochgerechnet:

Diese prognostizieren für die EU:

- Ernteeinbußen zwischen 20 und 40 Prozent bei Kartoffel, Gerste, Mais, Weizen, Zuckerrübe, Raps und Trauben
- Reduktion der Ernte um 96 Millionen Tonnen pro Jahr
- Höhere Produktionskosten um 2 Milliarden Euro pro Jahr

In Österreich sind Ernteeinbußen von 2 Millionen Tonnen zu erwarten. Dadurch sind 30 000 Arbeitsplätze in der österreichischen Landwirtschaft bedroht, die eng an die untersuchten Kulturen gekoppelt sind.

## Schneeballeffekt

Durch den Verlust von Wirkstoffen beschleunigt sich die Resistenzbildung der übrigen Wirkstoffe, die damit unwirksam werden. Parallel dazu nimmt der Schädigungsdruck durch den Klimawandel kontinuierlich zu, was zwangsläufig zu Indikationslücken führt. Die Entwicklung von neuen Wirkstoffen ist einerseits teuer (ca. 280 Millionen Euro pro Wirkstoff), andererseits dauert sie 11 bis 13 Jahre. Daher ist es nicht möglich, entstandene Indikationslücken rasch zu schließen.

Die Industrie möchte sicherstellen, dass die Produkte, die sie auf den Markt bringen, kein Risiko für Mensch und Nicht-Ziel-Organismen darstellen. Pflanzenschutzmittel gehören daher zu den bestuntersuchten Stoffen überhaupt. Und eines darf man in der Diskussion auch nicht vergessen: Die heutigen Fungizide ersetzen Wirkstoffe wie Quecksilber oder Kupfersulfat, die aufgrund schwerer gesundheitlicher Schäden nicht mehr am Markt sind.

## Ausblick

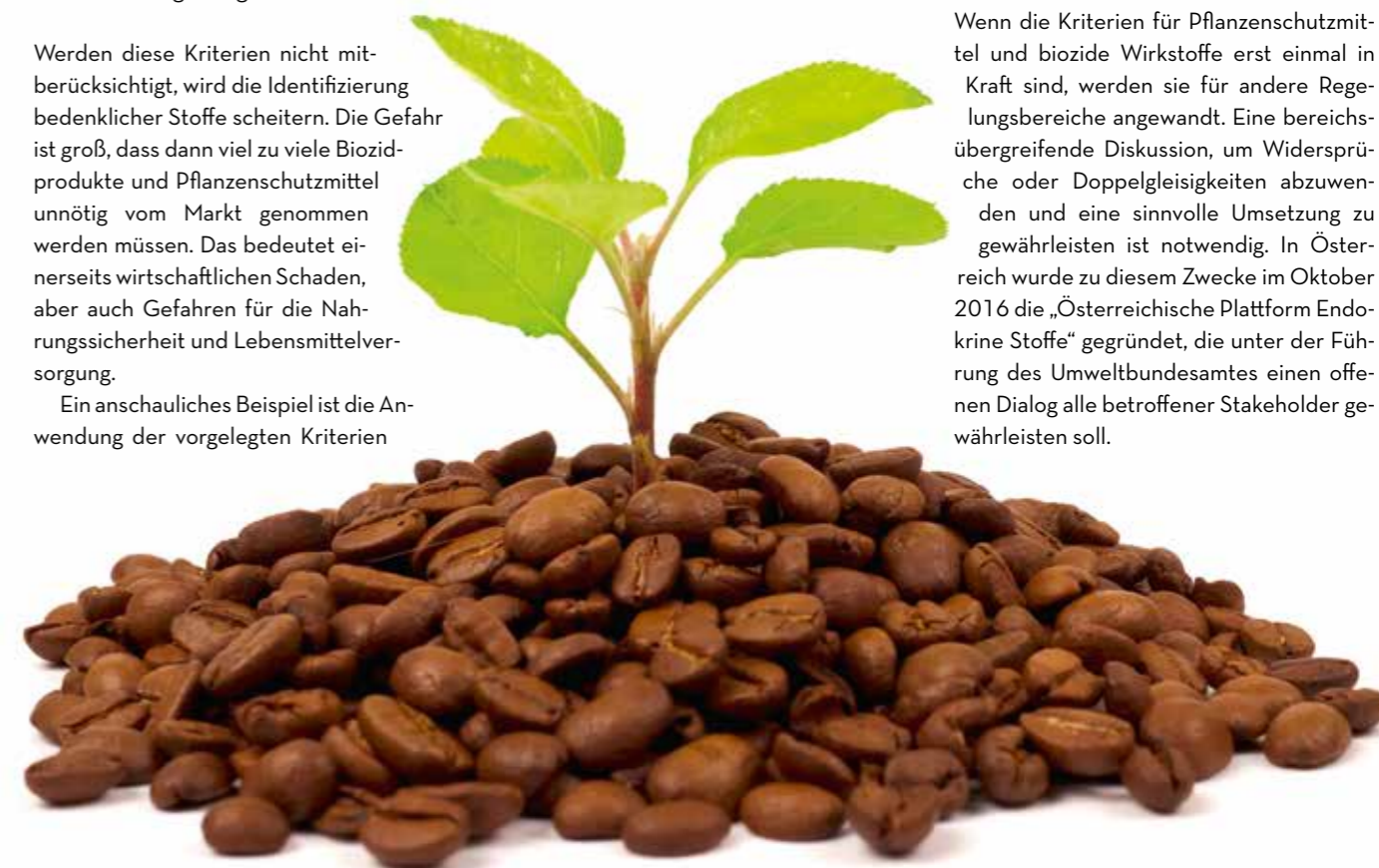
Wenn die Kriterien für Pflanzenschutzmittel und biozide Wirkstoffe erst einmal in Kraft sind, werden sie für andere Regelungsbereiche angewandt. Eine bereichsübergreifende Diskussion, um Widersprüche oder Doppelgleisigkeiten abzuwenden und eine sinnvolle Umsetzung zu gewährleisten ist notwendig. In Österreich wurde zu diesem Zwecke im Oktober 2016 die „Österreichische Plattform Endokrine Stoffe“ gegründet, die unter der Führung des Umweltbundesamtes einen offenen Dialog alle betroffener Stakeholder gewährleisten soll.

endokrinschädigenden Eigenschaften eingestuft, wenn...  
bzw. Abschnitt B erfüllt.

### Abschnitt A – Für Menschen relevante endokrinschädigende Eigenschaften

1. Ein Wirkstoff gilt als Stoff mit für Menschen relevanten endokrinschädigenden Eigenschaften, wenn er alle im Folgenden aufgeführten Kriterien erfüllt:
  - (1) Es ist bekannt, dass er eine für die menschliche Gesundheit schädigende Wirkung hat, die einer Veränderung der Morphologie, der Physiologie, des Wachstums, der Entwicklung, der Fortpflanzung/Reproduktion oder der Lebensdauer eines Organismus, eines Systems oder einer (Teil-)Population gleichkommt, die zu einer Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit/Funktionsfähigkeit, einer Beeinträchtigung der Fähigkeit zur Bewältigung zusätzlichen/erhöhten Stresses oder einer erhöhten Anfälligkeit für andere Einflüsse führt;
  - (2) er hat eine endokrine Wirkungsweise;
  - (3) die für die menschliche Gesundheit relevante schädigende Wirkung ist eine Folge der endokrinen Wirkungsweise.
2. Die Identifizierung eines Wirkstoffs als Stoff mit endokrinschädigenden Eigenschaften gemäß Nummer 1 erfolgt auf der Grundlage folgender Elemente:
  - (1) Auf allen verfügbaren einschlägigen wissenschaftlichen Nachweisen,
    - (a) die in erster Linie gemäß international vereinbarten Studienprotokollen (In-vivo-Studien oder angemessen validierte alternative Prüfsysteme, mit denen schädigende Wirkungen bei Mensch oder Tier vorhergesagt werden können, sowie In-vivo-, In-vitro- und mechanistische Studien zur Feststellung endokriner Wirkungen) und den von der Europäischen Chemikalienagentur herausgegebenen Leitlinien für die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 gewonnen wurden;

...die in der Methodik der systematischen Überprüfungen...



# Kreislaufwirtschaftspaket – Circular Economy Package

Eine Gratwanderung: Ressourceneffizienz steigern und Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Die österreichische chemische Industrie unterstützt die Bestrebungen zu einer Kreislaufwirtschaft als Teil einer europäischen Strategie, um Europa effizienter zu machen. Dies kann man entweder erreichen, indem man unnötigen Material- und Energieverlust während des gesamten Lebenszyklus von Produkten vermeidet, oder aber, indem Produkte nach Ablauf ihrer Lebensdauer wieder als Ressource für Neues verwendet werden – und dies nicht nur einmal oder zweimal, sondern mehrfach in Schleifen.

Die chemische Industrie verfügt über das Know-how und die Fähigkeiten, Europa in Zukunft effizienter zu machen. Um das volle Potenzial einer zirkulären Wirtschaft auszuschöpfen, sind die politischen Entscheidungsträger gefragt, die folgenden Prinzipien zu berücksichtigen: um einen laufenden Evolutionsprozess hin zur Kreislaufwirtschaft zu gewährleisten, muss die Politik mit dem Markt zusammenarbeiten, Innovationen und Investitionen in wirtschaftlich tragfähige Lösungen fördern sowie Regulierungs-, Verwaltungs- und Finanzierungsbarrieren beseitigen.

Nach Veröffentlichung des überarbeiteten Kreislaufwirtschaftspakets am 2. Dezember 2015 wurde 2016 intensiv an den 6 Richtlinien-Vorschlägen sowie dem Aktionsplan gearbeitet. Auf europäischer Ebene läuft die Bearbeitung parallel im Rat und im Parlament, einerseits in den Sitzungen der Ratsarbeitsgruppe Umwelt, andererseits in den zuständigen parlamentarischen Ausschüssen.

Am 20. Juni 2016 verabschiedete der Umweltministerrat einen Aktions- und Maßnahmenplan.

Knackpunkt aus Sicht der chemischen Industrie sind die künftigen Nebenprodukt- und Abfallende-Regelungen, verpflichtende Recyclingquoten sowie die Bestimmungen zur erweiterten Herstellerverantwortung. Entscheidend für die endgültige Ausgestaltung der Richtlinien-Änderungen werden die Trilog-Verhandlungen

sein, die Mitte 2017 beginnen und vom Fachverband verfolgt werden.

Der Aktionsplan mit seinen 54 konkreten Maßnahmen ist mitten in der Umsetzung und soll bis 2020 abgearbeitet sein. Jährlich wird ein Umsetzungsbericht veröffentlicht und 2018 führt die Kommission eine Bewertung der Wirksamkeit durch. Herauszugreifen für die chemische Industrie sind insbesondere diese Aktivitäten:

- Die sektoralen Maßnahmen für Kunststoffe umfassen eine „EU-Strategy for Plastics“, die im vierten Quartal 2017 erwartet wird, sowie Verringerung von Abfällen im Meer im Rahmen der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele für 2030. Ergänzt soll hier durch Einzelmaßnahmen im Bereich des Ökodesigns und Qualitätskriterien für Rezyklate werden.
- Zur Ausgestaltung von Politikoptionen, die die Schnittstelle zwischen den Rechtsvorschriften für Chemikalien, Produkte und Abfälle betreffen, wird eine Roadmap erarbeitet. Die Frage, wie das Auftreten von besorgnis-

erregenden chemischen Stoffen in Produkten verringert und ihre Rückverfolgung verbessert werden kann, ist von besonderer Bedeutung.

- Maßnahmen in verschiedensten Bereichen sollen dazu beitragen, den Verbrauch von kritischen Rohstoffen zu reduzieren und ihre Wiedergewinnung zu erhöhen bei gleichzeitigem Nutzen für den Arbeitsmarkt und die Umwelt. Der Düngemittelsektor soll mit einer im März 2016 vorgelegten Verordnungsentwurf weniger abhängig von Import kritischer primärer Rohstoffen wie Phosphat werden, die aus organischen Abfällen und Nebenprodukten gewonnen werden können. Eine verlängerte Lebensdauer von Elektro- und Elektronikgeräten soll ebenfalls zusätzlichen Einsparungen an Energie und Rohstoffen bringen. Maßnahmen zur effizienten Nutzung von primären Rohstoffen, zur Verwendung von Prozessrückständen und zur Wiedergewinnung sekundärer Rohstoffe sollen darüber hinaus in verschiedenen BAT-Dokumenten verankert werden.



## Abfallrecht

Auf der Suche nach praktikablen Lösungen

### Altlastensanierungsgesetz

Im Rahmen des Verwaltungsreformgesetzes BMLFUW ist geplant, Teile des Altlastensanierungsgesetzes zu ändern. Das Gesetz wurde am 13. Dezember im Ministerrat beschlossen und im Plenum dem Umweltausschuss (nächster geplanter Termin 14. März 2017) zur parlamentarischen Behandlung zugewiesen. Vorgesehenes Inkrafttreten ist der 1. Juli 2017. Darüber hinaus ist eine Novelle des Altlastensanierungsgesetzes und der Altlastenatlasverordnung mit Anpassung an die neue Baustoffrecyclingverordnung und Einführung eines eigenen Altlastenverfahrensrechtes für 2017 geplant.

### Entwicklungen bei der Abfalleinstufung

Seit 1. Juni 2015 gelten geänderte – an CLP angepasste – gefahrenrelevante Eigenschaften von Abfällen. Die gefahrenrelevante Eigenschaft „ökotoxisch“ blieb bis dato in dieser Verordnung unregelt, da erst eine entsprechende Studie durchgeführt werden musste. Basierend auf dem Ergebnis dieser Studie wurde im Sommer 2016 ein Verordnungsentwurf zur Definition des Kriteriums „ökotoxisch“ vorgelegt, der aus österreichischer Sicht kritisch gesehen wird: Wenn die Kalkulationsmethode angewandt wird, befürchten sowohl Ministerium als auch Unternehmen eine Überklassifizierung verschiedenster Abfallströme, beispielsweise:

- Industrieller/betrieblicher (aber ggf. auch kommunaler) Klärschlamm
- Schlacken, Rost- und Kesselaschen aus der Müllverbrennungsanlage
- Shredderleichtfraktionen
- Stäube und Schlämme (aus der Metallverarbeitung)
- Filterstäube (aus der thermischen Aluminium-Metallurgie), Filterkuchen (aus der chemischen Oberflächenbearbeitung) und Flugaschen (z. B. Zinkaschen und Krätzen)
- Baurestmassen
- Leicht kontaminierte Böden und Baggergut
- Behandeltes Holz
- Farb- und Lackschlämme
- Ggf. sogar Verpackungen (aus Papier und Pappe bzw. Kunststoff)
- Salbenrückstände?



Vorgesehen im Verordnungsentwurf ist zwar, dass Ergebnisse aus Bio-Tests die Kalkulationsmethode schlagen: „Wurde eine gefahrenrelevante Eigenschaft eines Abfalls sowohl durch eine Prüfung als auch anhand der Konzentrationen gefährlicher Stoffe gemäß Anhang III der Richtlinie 2008/98/EG bewertet, so sind die Ergebnisse der Prüfung ausschlaggebend.“

Jedoch sind einerseits standardisierte Bio-Tests für Abfälle nicht verfügbar, und andererseits ist eine routinemäßige Durchführung derartiger Tests nicht praktikabel. Für Österreich, wo aufgrund fehlender ungefährlicher Abfallschlüsselnummern die Gefahr der Überklassifizierung europaweit am höchsten ist, müssen pragmatische Lösungen gefunden werden. Eine Möglichkeit ist die Anpassung der Spiegeleinträge: keine gefährlichen Schlüsselnummern, wenn diese im Europäischen Abfallkatalog auch nicht vorhanden sind. Dazu führt der Fachverband Gespräche auf verschiedenen Ebenen.

### Novelle Recycling-Baustoffverordnung 2016

2016 wurde die erst 2015 in Kraft getretene Recycling-Baustoffverordnung novelliert. Inhalt der Novelle waren verschiedene von der Wirtschaft geforderte Anpassungen und Erleichterung. Für Unternehmen der chemischen Industrie ist vor allem die Anhebung der Mengenschwelle von 100 t auf 750 t bezüglich der Pflichten bei Bau- und Abbruchaktivitäten relevant.

### Verpackungsgesetzgebung

Die VerpackungsabgrenzungsV ist 2016 komplett mit Quoten für alle Produktgrup-

pen in Kraft getreten. Im ersten Quartal des Jahres haben die Prüfungen der Systemteilnehmer durch die Verpackungskoordinstationsstelle (VKS) begonnen.

Die Verträge mit den Sammel- und Wertungssystemen enthalten Kontrollrechte bzw. -pflichten, die die VKS erfüllt. Die Prüfungen werden von unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchgeführt. Am Ende der Prüfung wird ein Prüfbericht erstellt und an das jeweilige System weitergeleitet.

Der Prüfbericht dokumentiert etwaige Abweichungen, wie zum Beispiel falsche Produktgruppenzuordnungen, vergessene Artikel, Rechenfehler, doppelte Lizenzierung (z. B. der vorgelagerten oder nachgeschalteten Vertriebsstufe). Dementsprechend wird eine Nachlizenzierung oder eine Gutschrift fällig.

Verdachtsfälle für Verwaltungsübertretungen werden an das Ministerium gemeldet. Je nach Art der Verwaltungsübertretung wird es zu Nachzahlungen oder Anzeigen kommen können.

Eine möglichst gute Vorbereitung auf die Prüfung wird empfohlen. Dazu gehört auch das Vorab-Schicken von Unterlagen, da dadurch bestimmte Abweichungen bereits im Vorfeld behoben werden können, womit die Prüfung vor Ort verkürzt werden kann.

### AWG-Novelle 2015

Die Begutachtung ist bereits vor Längerem abgeschlossen, und es war geplant, die AWG-Novelle im Jänner 2016 zu veröffentlichen.

Derzeit ist sie immer noch in politischer Abstimmung mit dem BMVIT.

# Energie und Klima

## Energiepolitik darf Wirtschaftsstandort nicht gefährden

Die Hauptthemen im Bereich der Energiepolitik waren 2016 die integrierte Energie- und Klimastrategie, die Reform des EU-Emissionshandels und das am 30. November 2016 veröffentlichte Paket „Clean Energy for all Europeans“.

### Integrierte Energie- und Klimastrategie für Österreich

Im Dezember 2015 einigten sich bei der Klimakonferenz in Paris 195 Staaten auf ein Klimaabkommen. Die Kernpunkte des Abkommens waren die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, der Ausbau erneuerbarer Energien sowie das Ziel, die globale Erwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen.

In Österreich haben vier Ministerien (Wirtschaftsministerium und Umweltministerium, Sozial- und Verkehrsministerium) gemeinsam als ersten Schritt ein „Grünbuch für integrierte Energie- und Klimastrategie“ erarbeitet. Das Papier bildete den Startschuss für einen umfassenden Beteiligungsprozess. Die zuständigen Ministerien haben erstmalig für alle Interessierten die Möglichkeit geschaffen, im Rahmen eines Fragenkataloges konkrete Fragen online zu beantworten und Meinungen abzugeben.

Mitte September wurde diese Online-Konsultation zu Fragen des Grünbuchs beendet, bei der ca. 400 Personen und Organisationen teilgenommen haben. In sechs unterschiedlichen Arbeitsgruppen wurden dann weitere Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen herausgearbeitet. Beim Bundesländerevent am 19. Oktober

wurden die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen vorgestellt. Nun wird daraus ein Endbericht erarbeitet, aus dem das „Weißbuch“, das schon Ansätze der Energie- und Klimastrategie beinhalten soll, entsteht. Der Fachverband hat sich an der Erarbeitung einer Industrieposition für die öffentliche Konsultation zum Grünbuch beteiligt und Input für die Expertenarbeitsgruppen geliefert.

Einer der wesentlichsten Eckpunkte stellte aus Sicht des Fachverbandes die Tatsache dar, dass eine aktive nationale Energie- und Klimapolitik im Einklang mit einer aktiven Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik stehen muss. Die Ergebnisse der Konsultation und der Arbeitsgruppen sind unbedingt objektiv und unter Betrachtung des im Grünbuch vorgegebenen Zielquartetts Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Leistung zu analysieren und aufzubereiten. Eine Energie- und Klimastrategie muss die Flexibilität bieten, tatsächliche wirtschaftliche, gesellschaftliche und technische Entwicklungen sowie neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu berücksichtigen.

Weitere verpflichtende Ziele sind kontraproduktiv. Entsprechend den europäischen Vorgaben, die ihrerseits den Vorgaben internationaler Verpflichtungen wie zuletzt dem Abkommen von Paris entsprechen, ist das hochgesteckte Treibhausgasreduktionsziel (Vorschlag der EU-Kommission für Österreich von 36 Prozent gegenüber 2005) als quantitativer Zielpunkt für

die gegenständliche Strategie festzuschreiben. Weitere Festlegungen sind nur im europäischen Gleichklang zu treffen. Im gesamten Prozess gilt es immer den europäischen und globalen Kontext im Auge zu behalten. Dekarbonisierung kann nur gelingen, wenn alle wichtigen Wirtschaftsräume an einem Strang ziehen und die Grundprinzipien der Marktwirtschaft gelten.

Forschung, Entwicklung und Innovation sowohl in technischer wie auch sozioökonomischer Hinsicht sind die Schlüssel für den Umbau des Energiesystems. Es sollte deshalb sichergestellt werden, dass der Innovationskraft der Industrie alle denk- und gangbaren Wege offen bleiben. Eine integrierte Betrachtung der Energieforschung in der Energie- und Klimastrategie ist unerlässlich und muss forciert werden.

### Reform des EU-Emissionshandels

Das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) ist ein Kernelement der EU-Politik zur Bekämpfung des Klimawandels und ein Instrument zur Verringerung der Treibhausgasemissionen.

Die Europäische Kommission hat im Juli 2015 einen Vorschlag zur Reform des EU-Emissionshandels (ETS) veröffentlicht, mit dem das EU-weite Minderungsziel für Treibhausgas von minus 40 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990 erreicht werden soll. Für den Emissionshandelssektor, unter dem auch die chemische Industrie fällt, bedeutet dies, dass ab 2021 die jährliche Minderung von derzeit 1,74 auf 2,2 Prozent verschärft werden soll. Das neue Ziel führt zu höheren Zertifikate- und Strompreisen: Die EU-Kommission rechnet mittelfristig mit mindestens 40 Euro pro Tonne.

Der Vorschlag wird sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auch im Europäischen Parlament verhandelt. Nachdem am 15. Dezember 2016 der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments seine Position zur Revision des europäischen Emissionshandelssystems gefasst hat, diskutierten am 19. Dezember die Umweltminister der EU über diesen Legislativvorschlag. Der slowakischen Ratspräsidentschaft ist es nicht gelungen, eine allgemeine Ausrichtung zu koordinieren.

Die Chemie leistet ihren Beitrag zur Minderung von produktionsbedingten Treibhausgasen.



Selbst effizienteste Anlagen müssen heute schon pauschale Abschläge bei der Zertifikatmenge hinnehmen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten schaden der Wettbewerbsfähigkeit und führen zu Produktionsverlagerung in Regionen außerhalb der EU.

Der Fachverband setzt sich dafür ein, dass Unternehmen in der EU zum Schutz vor diesem sogenannten „Carbon Leakage“ eine ausreichende Strompreiskompensation und kostenlose Zertifikate erhalten. Neue Kriterien dürfen auf keinen Fall dazu führen, dass Chemiesektoren aus der Liste fallen und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen weniger oder gar keine kostenlose Zertifikate erhalten.

Mit einer Beschlussfassung über die Reform der ETS-Richtlinie ist im Laufe des Jahres 2017 zu rechnen.

### Paket zur Energieunion „Clean Energy for all Europeans“

Am 30. November 2016 hat die Europäische Kommission ihr lange angekündigtes und sehr umfangreiches Paket „Clean Energy for all Europeans“ veröffentlicht. Die Vor-

schläge behandeln auf über 1.200 Seiten die wichtigsten verbleibenden Gesetzestexte zur vollständigen Umsetzung der Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030, insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz.

Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll dafür gesorgt werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union trotz der Veränderungen, die sich durch den Übergang zu umweltfreundlicher Energie für die globalen Energiemärkte ergeben werden, erhalten bleibt.

Die Kommission verfolgt damit drei Hauptziele:

1. Energieeffizienz als oberste Priorität
2. Übernahme der weltweiten Führung im Bereich der erneuerbaren Energien
3. Bereitstellung eines fairen Angebots für die Verbraucher

Die Gesetzesvorschläge umfassen die Bereiche Energieeffizienz, Gebäudeeffizienz, erneuerbare Energien, Gestaltung des Strommarktes, Sicherheit der Stromversorgung, Steuerung der Energieunion sowie Mobilität.

Die Gesetzesvorschläge müssen nun vom Europäischen Parlament und vom Rat behandelt werden. Schwerpunktmäßig widmet sich der Fachverband den Richtlinienvorschlägen zur Energieeffizienz, zur erneuerbaren Energiesowie zur Gebäudeeffizienz.

Dieses Paket beinhaltet durchaus Möglichkeiten für die chemische Industrie. Die Richtlinie über die Gebäudeeffizienz, Energieeffizienz und erneuerbare Energien werden Geschäftsmöglichkeiten für die europäische Chemieindustrie schaffen, denn sie fertigt Produkte für Energieeinsparungen, Solarzellen und Windmühlen, Isolierungen und leichtere Autos.

Während ehrgeizige Pläne Marktchancen schaffen können, tun dies übers Ziel schießende Regelungen und zu hoch gesteckte Ziele nicht. Ein einziges EU-CO<sub>2</sub>-Ziel ist nach wie vor der beste Weg. Die Industrie ist bereits durch das EU-Emissionshandelssystem und die Industrieemissionsrichtlinie geregelt. Die Umsetzung zusätzlicher Verpflichtungen zur Energieeffizienz in der Energieeffizienzrichtlinie (EED) unterscheidet sich von Land zu Land und erschwert den Wettbewerb.



## Umweltrecht

### Licht und Schatten im Umweltrecht

Umweltrechtliche Vorschriften verursachen ca. ein Drittel der gesamten regulatorischen Kosten für die chemische Industrie und erreichen bereits vier Prozent der Wertschöpfung des Sektors. Laut einer Studie der Europäischen Kommission kam es zu einer Verdreifachung der Kosten durch das Emissions- und Anlagenrecht in den letzten 10 Jahren.

Mit einem weiteren Anstieg ist leider auch in Zukunft zu rechnen. Verantwortlich dafür wird u.a. die im Dezember veröffentlichte EU-Richtlinie zur Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (NEC-Richtlinie) sein, bei der Österreich praktisch unerreichbare Ziele vor allem für Feinstaub, Stickoxide und NH<sub>3</sub> bis 2030 hinnehmen muss.

Dementsprechend haben die vielfältigen Umweltthemen den Fachverband auch 2016 beschäftigt.

#### Deregulierungspaket

Zu erfreulichen Entwicklungen für Verfahrensbeschleunigung und Bürokratieabbau kam es im Zuge des Deregulierungspaketes des BMLFUW sowie der Reform des Betriebsanlagenrechtes. Dabei wurden zahl-



reiche standortpolitisch wichtige Forderungen der Wirtschaft u.a. im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz sowie in einigen weiteren umweltrelevanten Materien berücksichtigt. Beispielhaft dafür ist die Kumulierungsregelung im UVP-Gesetz, die künftig mehr Rechtssicherheit bringen soll, indem Projektwerber im laufenden Verfahren nicht durch nachträglich eingereichte Vorhaben belastet werden. Bei der Reform der Gewerbeordnung wurde schließlich das lange geforderte One-Stop-Shop Prinzip nach dem Motto „Ein Verfahren, ein Bescheid“ ermöglicht. Bau-, naturschutz-, wasser- und gewerberechtliche Genehmigung sollen aus einer Hand kommen. Zudem sollen bestimmte Anzeigepflichten bei Behörden gestrichen werden, etwa beim Tausch von einer alten zu einer gleichartigen neuen Maschine. Darüber hinaus kommt eine Wahlmöglichkeit bei der Bestellung von

Sachverständigen im gewerblichen Genehmigungsverfahren.

#### BREFs

Mit der EU-Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen (IE-RL) wird die Anwendung der „besten verfügbaren Technik“ und die Verbindlichkeit von BREFs (Best Available Technique Reference Documents) erhöht. Der Fachverband begleitet daher schon seit mehreren Jahren die Novellierung und Neuerstellung chemiespezifischer sowie relevanter sektorübergreifender BREFs.

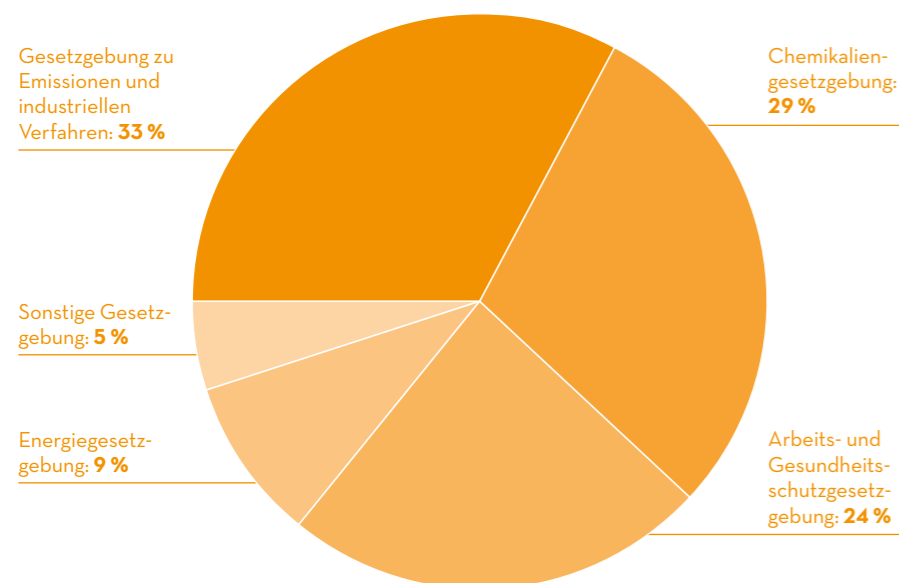
Im Juni 2016 wurde das horizontale BREF CWW (Common Waste Water and Waste Gas Treatment/Management Systems in the Chemical Sector) veröffentlicht. In diesem Zusammenhang konnte der Fachverband eine wichtige Klarstellung des BM-WFW und damit Rechtssicherheit für seine Firmen erreichen: Nur ein vertikales BREF (also ein BREF, das sich nur auf bestimmte Sektoren und Anlagentypen bezieht) zur Haupttätigkeit einer Anlage löst eine Anpassungsverpflichtung innerhalb von 4 Jahren aus, nicht jedoch das horizontale CWW BREF. Dieses ist damit nicht unmittelbar anzuwenden, sondern erst bei Veröffentlichung des jeweiligen vertikalen BREFs.

Außerdem fand 2016 das Final Meeting zum BREF LVOC (Large Volume Organic Chemicals) statt. Mit einer Veröffentlichung dieses BREFs ist 2017 zu rechnen.

Neben der Überarbeitung der genannten Chemie-BREFs hat sich die Europäische Kommission dazu entschlossen, für den Chemie-Sektor ein neues horizontales BREF WGC (Waste Gas Treatment in the Chemical Sector) zu erarbeiten. In Vorbereitung auf dieses BREF hat das Umweltbundesamt 2016 eine Datenerhebung im Bereich der anorganischen Chemie gestartet. Der Fachverband hat diesen Prozess begleitet. 2017 werden die Arbeiten für das BREF WGC auf europäischer Ebene fortgesetzt.

#### Die wirtschaftliche Belastung der chemischen Industrie durch Rechtsvorschriften

Die gesamten regulatorischen Kosten verdoppelten sich für die europäische chemische Industrie zwischen 2004 und 2014 auf insgesamt 9,5 Milliarden Euro pro Jahr



Quelle: Cumulative Cost Assessment for the EU Chemical Industrie, Final Report (European Commission)

## Arbeitswelt

### Krebserzeugende Stoffe im Fokus des Arbeitsschutzes

2016 rückten gerade auf EU-Ebene krebserzeugende Arbeitsstoffe in den Fokus. Getrieben durch das Zulassungsregime unter REACH veröffentlichte die EU-Kommission bis zu Beginn des heurigen Jahres Vorschläge für verbindliche, sehr niedrige Grenzwerte für 25 weitere Karzinogene. Auch wenn diese Zahl nicht dramatisch klingt, so stellt sie eine Verfünffachung der bereits EU-weit geregelten Grenzwerte dar.

Gleichzeitig wurde die EU-Initiative zur Verbesserung der Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer mit weiteren flankierenden Maßnahmen vorgestellt, durch die im Rahmen dieser Arbeitsschutzstrategie auf eine Modernisierung der Vorschriften hingearbeitet werden soll. Klar ist, dass durch diese revitalisierten Bemühungen der Kommission die EU-weite Regelung des Arbeitsschutzes mit dem Ziel der Harmonisierung in Europa vorangetrieben werden soll.

Auch in Österreich war in jüngster Zeit immer von einer Modernisierung des Arbeitsschutzes in den Medien zu lesen. Abbau der Bürokratie, Beraten statt Strafen sowie risikoorientierte Grenzwerte sind dabei nur einige Schlagworte. Bezweifelt wird, ob es dadurch zu substantiellen Erleichterungen für die Mitgliedsbetriebe kommen wird, soll doch der Schutz der Arbeitnehmer weiter verbessert werden.

Bei chemischen Arbeitsstoffe stehen auch bei uns jene mit krebserzeugender Wirkung in Diskussion: Ähnlich wie es bereits in Deutschland und den Niederlanden vorgelebt wird, soll für jene Arbeitsstoffe, für die kein sicherer Grenzwert abgeleitet werden kann, ein risiko-orientiertes Modell entwickelt werden und sukzessive die in der Grenzwertverordnung festgelegten technischen Richtgrenzwerte ablösen. Das intensive Engagement des Fachverbandes in diesem Bereich soll sicherstellen, dass die Mitgliedsunternehmen durch diese geplante Neuregelung nicht zusätzlich belastet werden. Im Gegenteil: bestehende bürokratische Schranken sollen abgebaut werden, wenn kein wahrnehmbares Risiko für die Arbeitnehmer gegeben ist.



#### Wegen Zweijahresabschluss keine KV-Verhandlungen

2015 wurde mit den Gewerkschaften ein 2 Jahresabschluss ausverhandelt, sodass 2016 keine Verhandlungen stattfanden. Die Mindestlöhne/Gehälter stiegen mit 1. Mai 2016 um 1,43 Prozent (0,5 Prozent über der durchschnittlichen Inflationsrate von April 2015 bis März 2016 von 0,93 Prozent), die Ist Löhne/Gehälter um 1,38 Prozent (0,45 Prozent über der durchschnittlichen Inflationsrate von

0,93 Prozent). Auch die Lehrlingsentschädigung für kaufmännische Lehrlinge und technische Zeichnerlehrlinge sowie die Schicht und Nachtarbeitszulagen erhöhten sich um 1,43 Prozent.

Der 24.12 und der 31.12 sind unter Fortzahlung des Entgeltes arbeitsfrei. Des Weiteren werden seit 1. Mai 2016 Elternkarenzen, die am 1.5.2016 oder später beginnen, im Ausmaß von insgesamt bis zu 22. Monaten je Kind als Verwendungsgruppenjahre angerechnet!



## Gefahrguttransport – TUIS

### Vorbereitung auf neues Gefahrgutrecht 2017

Spätestens Mitte dieses Jahres ist es wieder soweit: geänderte rechtliche Regeln für den Transport von gefährlichen Gütern auf Straße (ADR), Schiene (RID), Binnen- (ADN) und Hochseeschifffahrt (IMDG) und Luftfahrt (ICAO/IATA) treten in Kraft. Obwohl diese Neuerungen keine wirklich tiefgreifenden Änderungen für den Transport von Chemikalien mit sich bringen, sondern es sich eher eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Vorschriften handelt, ist es für alle Unternehmen der chemischen Industrie wichtig, sich frühzeitig damit auseinander zu setzen.

Mit der Organisation der traditionellen Konferenz „Chemikalien sicher Transportieren – CST 2016“, die bereits zum 15. Mal stattfand, unterstützte der Fachverband interessierte Mitglieder bei der Vorbereitung auf die neuen Rahmenbedingungen. 120 Teilnehmer aus 12 Ländern nutzten die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch zwischen Transportexperten aus Chemieunternehmen bzw. Behörden und Einsatzkräften. Neben der Gefahrgutgesetzgebung in Europa ergänzten freiwillige Aktivitäten der chemischen Industrie und Zukunftsperspektiven durch die verstärkte Nutzung von

IT-gestützten Systemen bei der Beförderung von Gefahrgütern das abwechslungsreiche Konferenzprogramm.

#### TUIS hilft, wenn's doch passiert

Im Sinn von Responsible Care wird daher seitens der chemischen Industrie versucht alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um Unfälle und Zwischenfälle mit Gefahrgütern zu vermeiden. Sollte es trotz aller Vorkehrungen dennoch zu Gefahrgutunfällen kommen, so unterstützen Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes seit mehr als 25 Jahren die zuständigen Einsatzkräfte im Rahmen des Transport-Unfall-Informationssystem und Hilfeleistungssystem, kurz TUIS ([www.tuis.at](http://www.tuis.at)). Daneben stehen für öffentliche Feuerwehren auch Schulungs- und Übungsangebote zur Verfügung. Dass TUIS in der Praxis funktioniert, zeigen die zum Glück seltenen TUIS-Einsätze.

Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit ist vor allem der persönliche Kontakt zwischen TUIS – Betrieben und Einsatzkräften. Aus diesem Grund veranstaltet der Fachverband jährlich eine TUIS-Konferenz in einem anderen Bundesland. 2016 fand diese auf Einladung der ADLER Werk Lackfabrik in Zusammenarbeit mit der freiwilligen Feuerwehr Schwaz in Tirol statt.

Das Engagement der Mitgliedsunternehmen beim Gefahrguttransport und TUIS zeigt deutlich, dass die Verantwortung der chemischen Industrie nicht am Werkszaun endet.



## Kunststoff in Gewässer

### Ziel des Zero Pellet Loss Paktes bereits nach einem Jahr erreicht

Im März 2015 haben sich 21 Unternehmen der Kunststoffbranche dem Pakt „Zero Pellet Loss“ zwischen dem BMLFUW und dem FCIO angeschlossen und setzten innerbetriebliche Maßnahmen, um Kunststoffverluste in Gewässer weitestgehend zu vermeiden.

Innerhalb des ersten Jahres des Paktes konnten aufgrund von Erhebungen bei den Unternehmen, die sich zum Pakt verpflichtet hatten, eine zusätzliche Mengenreduktion in einer Größenordnung von über 90 Prozent

der früheren „Verlustmengen“ abgeleitet werden. Auch weitere Unternehmen haben sich dem Pakt angeschlossen und beigetragen, Einträge von industriellem Kunststoff-Rohstoff in Gewässer zu minimieren.

Somit wurde das ursprünglich gesetzte Ziel – eine Reduktion des Verlustes auf unter 1 Kilogramm pro Tag – bereits nach einem Jahr erreicht. Viele der Maßnahmen wie Siebe, Aufkehren, oder Schulungen sind zwar bereits seit Jahren innerbetriebli-

cher Alltag. Das gestiegene Bewusstsein, die konsequente Umsetzung der einzelnen Maßnahmen und deren genaue innerbetriebliche Kontrollen, die im Rahmen des Paktes durchgeführt werden, haben ihre Effizienz maßgeblich erhöht.

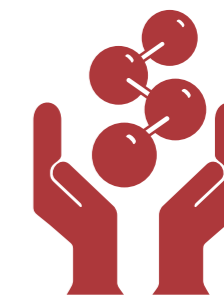
Dieses Ergebnis zeigt eindrucksvoll, dass rasche und zielgerichtete freiwillige Maßnahmen einer verantwortungsvollen Branche mehr bewirken können als neue Rechtsvorschriften.

## Responsible Care

### Ein Commitment für Mensch und Umwelt

Responsible Care ist eine weltweite freiwillige Initiative der chemischen Industrie zur Verbesserung der Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltsituation. Die Anforderungen, die im Rahmen von Responsible Care an die Unternehmen gestellt werden, gehen weit über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus.

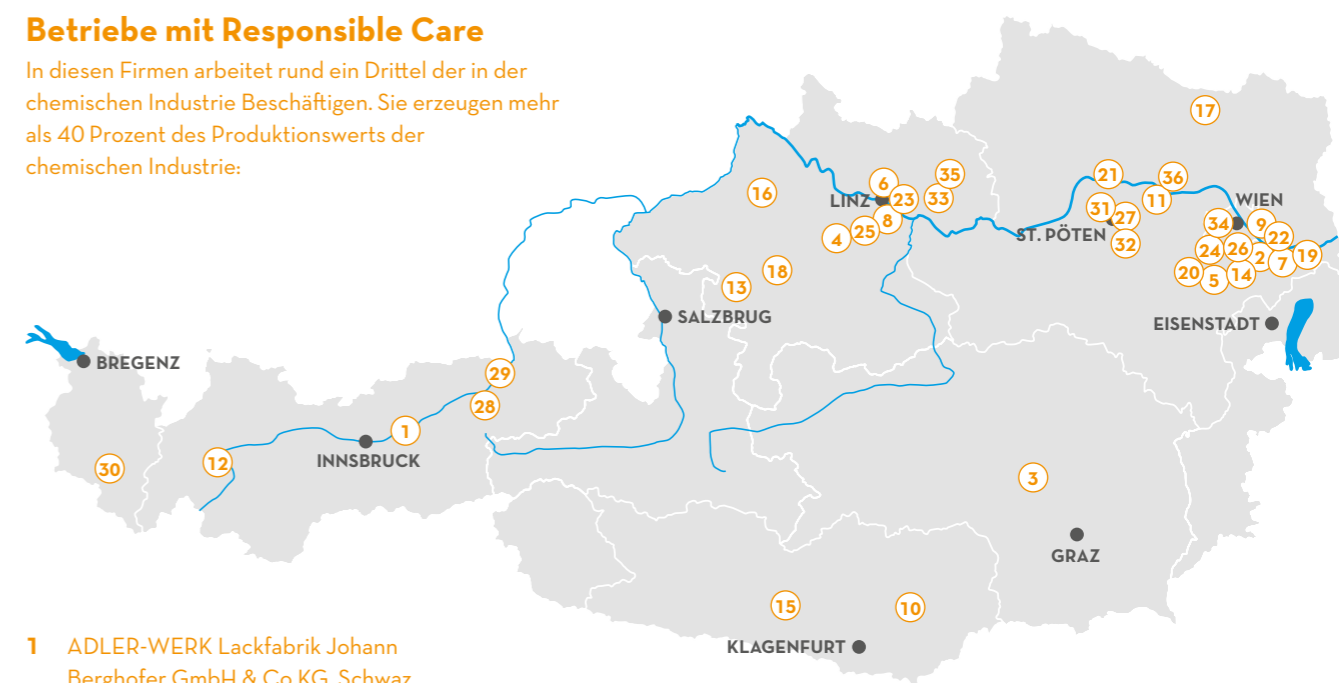
**Wieder erfolgreich bestanden.** DIC Performance Resins GmbH (Wien), Donau Chemie AG mit den Standorten Brückl und Landeck, Evonik Fibres GmbH (Schörfling am Attersee) sowie Salzer Formtech Gesellschaft m.b.H. (St. Pölten) haben 2016 das Wiederholungsaudit erfolgreich bestanden.



**Responsible Care**  
Verantwortung hat Zukunft

### Betriebe mit Responsible Care

In diesen Firmen arbeitet rund ein Drittel der in der chemischen Industrie Beschäftigten. Sie erzeugen mehr als 40 Prozent des Produktionswerts der chemischen Industrie:



1 ADLER-WERK Lackfabrik Johann Berghofer GmbH & Co KG, Schwaz

2 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Schwechat

3 AIR LIQUIDE Austria GmbH, Leoben-Donawitz

4 AVENARIUS AGRO GmbH, Wels  
5 Axalta Coating Systems Austria GmbH, Guntramsdorf

6 BOREALIS Agrolinz Melamine GmbH, Linz

7 BOREALIS Polyolefine GmbH, Mannsörth

8 BOREALIS Polyolefine GmbH, Linz

9 DIC Performance Resins GmbH, Wien

10 DONAU CHEMIE AG, Brückl

11 DONAU CHEMIE AG, Pischelsdorf

12 DONAU CHEMIE AG, Landeck

13 EVONIK Fibres GmbH, Schörfling am Attersee

14 EVONIK Para-Chemie GmbH, Gramatneusiedl

15 EVONIK Peroxid GmbH, Weißenstein

16 INTERNORM Bauelemente GmbH, Sarleinsbach

17 JUNGBUNZLAUER Austria AG, Wulzeshofen

18 LENZING AG, Lenzing

19 LOBA Feinchemie GmbH, Fischamend

20 MESSER Austria GmbH, Gumpoldskirchen

21 METADYNEA Austria GmbH, Krems

22 ÖGUSSA Österreichische Gold- und Silber-Scheideanstalt

Gesellschaft m.b.H., Wien

23 PATHEON Austria GmbH & Co KG, Linz

24 PIPELIFE Austria GmbH & Co KG, Wr. Neudorf

25 POLOPLAST GmbH & Co KG, Leonding

26 REMBRANDTIN Lack GmbH Nfg. KG, Wien

27 SALZER Formtech GmbH, St. Pölten

28 SANDOZ GmbH, Kundl

29 SANDOZ GmbH, Schafftenau

30 SIKA Österreich GmbH, Bludenz-Bings

31 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Stattersdorf

32 SUNPOR Kunststoff Gesellschaft m.b.H., St. Pölten-Radlberg

33 SYNTHESA Chemie Gesellschaft m.b.H., Perg

Auch chemienahe Unternehmen können sich dem Responsible Care-Audit unterziehen. Derzeit sind mit dem RC-Zertifikat ausgezeichnet:

34 Applied Chemicals Handels-GmbH, Wien

35 Dalmatherm Dämmtechnik GmbH, Perg

36 Donauchem GmbH, Pischelsdorf

Stand: Februar 2017

## Forschung

### Wirkungsevaluierung der Forschungsprämie

Der Fachverband wurde seitens seiner Mitgliedsfirmen mit dem Sachverhalt konfrontiert, dass bei der Berechnung der Forschungsprämie seitens der Betriebsprüfer die Gutachten der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) nicht bzw. nicht in vollem Umfang anerkannt werden. Die ausstehenden Beträge sind erheblich, die schleppende Abwicklung der Finanzbehörden behindert die Planbarkeit und Bearbeitung von Projekten. Damit kann der Zweck der Prämie in Frage gestellt werden.

Der Fachverband hat daher begonnen, gemeinsam mit betroffenen Unternehmen Lösungsvorschläge für die Anerkennung der Forschungsausgaben zu erarbeiten. Das Ziel hiervon ist, dass diese von den Finanzbehörden zukünftig herangezogen werden und dadurch für die Firmen Planbarkeit entsteht.

Die Verbesserungsvorschläge, die aus dieser Aktivität abgeleitet wurden, lauten kurz gefasst:

□ Durchgehende, vollumfängliche Anerkennung der Gutachten der FFG durch die Finanzbehörde

□ Einführung einer Frist für den Abschluss einer Betriebsprüfung

□ Schärfung des Wartungserlass zum EStG

□ Vermeidung rückwirkender Anwendung von finanzrechtlichen Entwicklungen

□ Verstärkte Kommunikation bei Interpretationsänderungen

□ Verstärkung des Informationsaustausches mit den Betriebsprüfern (z. B. seitens der FFG) in Sachen Abgrenzung von Forschungsleistungen

Auf politischer Ebene wurde im Herbst 2016 eine Evaluierung der Forschungsprämie beschlossen, nachdem die positiven Wirkungen auf den Standort in Zweifel gezogen worden sind. Das Bundesministerium für Finanzen hat daraufhin die KMU Forschung Austria, WPZ Research und das Institut für Höhere Studien beauftragt, eine Wirkungsevaluierung der steuerlichen Forschungsprämie durchzuführen. Die Ziele der Wirkungsevaluierung sind die Sicherung einer effizienten und effektiven Verwendung von Steuergeldern hinsichtlich der dadurch ausgelösten wirtschafts- und standortpolitischen Effekte und die Gewinnung von Hinweisen für allfällige Verbesserungen. Erste Ergebnisse belegen die hohe Impulswirkung auf den Industriestandort.

Der Fachverband hat daher begonnen, gemeinsam mit betroffenen Unternehmen Lösungsvorschläge für die Anerkennung der Forschungsausgaben zu erarbeiten. Das Ziel hiervon ist, dass diese von den Finanzbehörden zukünftig herangezogen werden und dadurch für die Firmen Planbarkeit entsteht.



## Biotechnologie

### Unklarheiten bei Biopatenten

Im ersten Halbjahr des Jahres haben wir uns auf österreichischer Ebene mit dem Problem befasst, dass die große Beschwerdekammer des europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) die Patentierung von Pflanzen für zulässig erklärt hat, auch wenn eine Pflanze mit herkömmlichen Züchtungsmethoden verbessert worden ist.

Nachdem diese Lesart nicht der allgemeinen Interpretation der BiopatentRL entspricht, wurde eine Änderung des Patentgesetzes vorgenommen. Dadurch sind nicht nur wie bisher ‚die im Wesentlichen biologischen Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren‘, sondern in Zukunft auch ‚die ausschließlich durch solche Verfahren gewonnenen Pflanzen und Tiere‘ von der Patentierbarkeit ausgeschlossen. Den Vorstoß der Patentgegner, alle lebende Materie von der Patentierbarkeit auszuschließen (und damit die industriellen Aktivitäten schwer zu beschädigen), konnten wir gemeinsam mit der Patentanwaltskammer im Nationalrat mit einem Aufwand letztlich abwehren.

Die Europäische Kommission hat inzwischen einen klärenden Kommentar (Clarifying Note) zur Biopatentrichtlinie herausgegeben, wobei sie zu dem Schluss kommt, dass mit der Richtlinie beabsichtigt war, Pflanzen als Gegenstand von Erfindungen auszuschließen, wenn sie auf konventionellem Wege gezüchtet wurden.

Der Fachverband wird sich dafür einsetzen, dass die BiopatentRL nicht geändert wird, bis das Gemeinschaftspatent Realität geworden ist und eine Alternative zum EPÜ darstellt.



### Entwurf für Empfehlungen für Tierschutzgremien

In der Tierversuchskommission wurden Empfehlungen für Tierschutzgremien vorgelegt, wobei ein gemeinsamer Kommentar in Vorbereitung ist. Die Empfehlungen folgen weitgehend einer europäischen Vorlage. In Österreich hat der Fachverband darauf bestanden, dass die Verbindlichkeit der Empfehlungen keine bindende Wirkung über das bestehende Regelwerk von Tierversuchsgesetz und -verordnung hinaus entfaltet. Die Annahme der Empfehlungen durch die Tierversuchskommission kann erst im Jahr 2017 erfolgen.

### Entwurf einer Änderung des Gentechnikgesetzes – Weitergabe von Patientendaten

Der VfGH hat im Oktober 2015 das im § 67 GTG normierte Verbot der Erhebung und Verwendung von Ergebnissen genetischer Analysen des Typs 1 als sachlich nicht gerechtfertigt aufgehoben. Laut VfGH unterscheiden sich solche Untersuchungsergebnisse nicht wesentlich von jenen aus „konventionellen“ Untersuchungen. Die gesetzlichen Änderungen stellen nun sicher, dass die Weitergabe von Daten aus genetischen Analysen an Versicherungen und Arbeitgeber verfassungskonform geregelt wird.

## Veranstaltungen

Mitglieder und Stakeholder konnten sich bei zahlreichen Events informieren



Wien, 5. April 2016

Schwaz, 15. April 2016

Wien, 12. Mai 2016

Wien, 18. Mai 2016

Wien, 19. Mai 2016

Wien, 30. Juni 2016

Wien, 15. September 2016

Wien, 10. und 11. Oktober 2016

Chemisches Abendgespräch: „Erzeugnisse unter REACH – Ist das noch umsetzbar?“

TUIS-Konferenz

Behördendialog zu Biozidrecht

Jahrespressegespräch der chemischen Industrie

Workshop: REACH-Registrierung Teil 1

Pressegespräch der Lackindustrie

Chemisches Abendgespräch: „Wie regelt man hormonschädigende Stoffe am besten?“

CST – Chemikalien sicher transportieren

## Bildung

### In Bildung investieren heißt in Zukunft investieren

Die Unternehmen der chemischen Industrie sind ein Innovations-Motor für den Wirtschaftsstandort Österreich. Derzeit kommen etwa 11 Prozent aller Investitionen für die Forschung und Entwicklung in Österreichs Industrie aus der Chemiebranche.

Um dem internationalen Wettbewerb gewachsen zu sein und den Innovationsstand-

ort Österreich weiterhin garantieren zu können, muss einerseits für genügend Forschungsnachwuchs gesorgt werden als auch die Forschungsfinanzierung gesichert sein.

Mit der Schwerpunktbildung auf die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) setzte die Regierung einen Schritt in die richtige Rich-

tung. Die Technikaffinität in der österreichischen Gesellschaft hinkt anderen Ländern deutlich hinterher. Eine höhere Begeisterung für die MINT-Fächer wäre eine Voraussetzung, deren Grundstein nur in der Schule gelegt werden kann. Die Wichtigkeit dieses Themas unterstrich der Fachverband bei einem Termin mit der Bildungsministerin.

Um die Begeisterung für das Fach Chemie zu fördern, setzte der FCIO heuer seine zahlreichen Kooperationen mit dem Verband der Chemielehrer (VCÖ) fort. Kinder von 110 weiteren Volksschulen konnten sich 2016 über den beliebten Chemiekoffer freuen, mit dem sie erste naturwissenschaftliche Experimente wagen können. Älteren Schülern stand ab heuer zum ersten Mal die App „Waltzing Atoms“ in den Schulen zur Verfügung, mit der sie einfache chemische Rätsel lösen und Moleküle basteln können. Damit ist zeitgemäßer, digitaler Chemieunterricht garantiert.

Auch in die Ausbildung der Lehrer wurde investiert. Hier ging es vor allem darum, erfahrenen Pädagogen neue Ideen für Experimente zu vermitteln, aber auch unerfahrenen und teilweise ungeprüften Lehrern die Hemmung vor dem Experimentieren mit Kindern zu nehmen.

Besonders für den Forschernachwuchs spielt die Begabtenförderung eine bedeutende Rolle. Der Fachverband unterstützte die Prämierung der besten vorwissenschaftlichen Arbeiten aus dem Bereich der Chemie sowie die Chemie-Olympiade, bei der die talentiertesten Schüler aus allen Bundesländern gegeneinander antreten.



## Veranstaltungen

(Fortsetzung von Seite 19)

Wien, 3. November 2016

Workshop: REACH-Registrierung Teil 2



Wien, 4. November 2016

Besuch bei Bildungsministerin Hammerschmid



Wien, 10. November 2016

Innovation Day 2016 – Chemie 4.0



St. Pölten, 14. November 2016

Pressekonferenz gemeinsam mit VCÖ „Übergabe Chemieboxen“

Wien, 23. November 2016

Stakeholderdialog Biobased Industry



## Kommunikation

### Die Öffentlichkeitsarbeit 2016 stand ganz im Zeichen der Innovation

In der Öffentlichkeitsarbeit bildete im Jahr 2016 die Innovationskraft der chemischen Industrie den thematischen Schwerpunkt. Sowohl die Werbekampagne im Printbereich als auch die Kino-Spots haben den Lesern und Zusehern vor Augen geführt, wo überall Innovationen der chemischen Industrie ihren Alltag bereichern.

Auch der Innovation Day 2016 unterstrich die Lösungskompetenz der Branche und zeigte eindrucksvolle Errungenschaften aus Forschung und Entwicklung. So sollte nicht nur den Besuchern der Veranstaltung verdeutlicht werden, welche Innovationskraft in der chemischen Industrie steckt, sondern durch Beiträge in diversen Medien sollte

auch das Ansehen der Branche in der Öffentlichkeit positiv beeinflusst werden.

Die Broschüre „Chemie – Innovationen erleben“, die vom Fachverband zeitgleich mit dem Innovation Day veröffentlicht wurde und 26 Innovationen der chemischen Industrie (von A bis Z) präsentiert, sollte aufzeigen, dass unser modernes Leben ohne Chemie gar nicht möglich wäre. Von schnelleren Rechenchips über leistungstärkere Akkus und Solarenergie bis zu ausreichender Ernährung und Bekämpfung von Krankheiten: die chemische Industrie findet in all diesen Bereichen die Lösungen.

Die Werbekampagne „Chemie ist in“, die sowohl Print als auch Online und Kino umfasste, behandelte das gleiche Thema.

Ohne Chemie keine Kontaktlinsen, ohne Kontaktlinsen kein Durchblick. Oder: Ohne Chemie kein Handy, ohne Handy kein Selfie. Im Rahmen eines Facebook-Gewinnspiels waren im Frühjahr Schüler aufgefordert, ihre eigenen Sprüche zu kreieren, die auf die Wichtigkeit von Chemie in unserem Leben hinweisen.

Die Idee mit den Sprüchen „Ohne Chemie ...“ fand auch in den Werbespots ihre Fortsetzung, wo immer eine kleine Geschichte darin endete, dass einer der Hauptdarsteller erkannte, dass er ohne Chemie etwas vermisst. Allein mit der Ausstrahlung in den Kinos konnten bereits über 900.000 Kontakte generiert werden.

# DIE STIMME AUS DER INDUSTRIE – NEWSLETTER

Wir leben in einer Zeit, in der die Informationsmenge genauso zunimmt, wie das Tempo, in dem Informationen verarbeitet werden. Gerade in einem komplexen Feld wie der stark regulierten chemischen Industrie ist Kommunikationsmanagement unerlässlich. Darum starteten wir im November mit unserem Newsletter WebChemFocus, mit dem wir unsere Mitglieder regelmäßig über aktuelle Belange informieren. Weiters bieten wir darin unseren Funktionären die Möglichkeit, im Rahmen eines Vorwortes zu Themen, die sie beschäftigen, Stellung zu nehmen. Auf den nächsten Seiten findet sich eine Sammlung dieser Beiträge.

Die Förderung von chemischer Bildung und Forschung ist unentbehrlich .....	23
Wünsche anlässlich Weihnachten .....	24
Rückblick auf das postfaktische Jahr 2016 .....	25
Eine neue Basis für den Standort .....	26
Von leidenschaftlichen Unternehmegergeist zu trump'schen Kampfgeist .....	27
Innovationskraft – das Erfolgsrezept gerade in unruhige Zeiten .....	28
Die chemische Industrie im Zeitalter des „Postfaktischen“ .....	29
Die chemische Industrie im Wandel zu Chemie 4.0 .....	30
Hoffen auf EMA-Ansiedlung in Wien .....	31
Neue Biopharma-Anlage bringt 700 Mio. Euro für Wien .....	32
Die saubere Industrie ist keine Illusion .....	33
Der Stellenwert der produzierenden Wirtschaft für die Gesellschaft .....	34

7. Dezember 2016

## Die Förderung von chemischer Bildung und Forschung ist unentbehrlich

Der Innovation Day des FCIO war nicht nur eine spannende Leistungsschau der Innovationskraft einzelner Unternehmen der Chemischen Industrie, er zeigte wieder einmal die große Bedeutung und den Beitrag der Naturwissenschaften im Allgemeinen und der Chemie im Speziellen zu Wohlstand und Lebensqualität.



DI Dr. Alexander Bouvier

Treibacher Industrie AG

Innovation bedeutet in diesem Zusammenhang aber nicht nur die Entwicklung neuer Produkte, sondern auch die ständige Verbesserung und Optimierung unserer Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle.

Allerdings sieht sich die Chemische Industrie in der Gesellschaft noch immer mit Vorurteilen und Skepsis konfrontiert, die es weiterhin auszuräumen gilt. Ein wichtiger Ansatzpunkt für mehr Verständnis liegt in der Förderung des naturwissenschaftlichen Verständnisses und von MINT Disziplinen bereits ab dem Kindergartenalter über die gesamte Ausbildungszeit hinweg. Die vielen bereits laufenden Aktivitäten sollten hier einerseits helfen uninformerter und unreflektierter Ablehnung mit Wissen und Kompetenz entgegenzutreten, andererseits aber auch die notwendigen bestens ausgebildeten Ressourcen für die zukünftigen Arbeitswelten bereit zu stellen.

Chemie 4.0 und Digitalisierung sind Schlagworte, hinter denen zentrale Herausforderungen stehen, denen sich österreichische Unternehmen im globalen Wettbewerb stellen müssen. Neue Materialien und Werkstoffe, vielfach mit ganz speziellen funktionellen Eigenschaften, erfordern aber auch neuartige Produktionstechnologien und äußerst präzise und ressourcen- und kostenoptimierte Fertigungstechnologien.

Um diese Herausforderungen erfolgreich meistern zu können, sind aber auch entsprechende Rahmenbedingungen notwendig. Der erhöhte Bedarf an hervorragend

technisch ausgebildeten Mitarbeitern nicht nur mit Universitätsabschluss, sondern auch von qualifizierten Facharbeitern wurde bereits erwähnt. Der zweite Punkt ist die Stärkung der Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft und zielorientierte Aktivitäten sowohl im Bereich der Grundlagenforschung als auch im Rahmen von angewandter Forschung. Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sind immer mit hohem Risiko verbunden und sollten zukünftig noch weiter durch öffentliche Mittel unterstützt werden. Die Forschungsprämie, deren mögliche Erhöhung auf 15 Prozent ein sehr wichtiges Signal wäre,

paket viel umfangreicher und es muss nun darauf geachtet werden, dass es auch verbindlich realisiert wird.

Um Innovationen aber dann auch wirtschaftlich erfolgreich umsetzen zu können, werden vielfach Neuinvestitionen erforderlich sein. Hier bedarf es eines investitionsfreundlichen Klimas mit Planbarkeit und Verfahrenssicherheit. Die Produktionsanlagen der chemischen Industrie besitzen vielfach eine mittlere bis hohe Umweltrelevanz. Daher ist die Politik hier gefordert im Rahmen von Verwaltungsreformen und Gesetzesgrundlagen dafür Sorge zu tragen, dass

**„Chemie 4.0 und Digitalisierung sind Schlagworte, hinter denen zentrale Herausforderungen stehen, denen sich österreichische Unternehmen im globalen Wettbewerb stellen müssen.“**

und die Stärkung des sehr erfolgreich laufenden „Frontrunner-Programms“ sind positive Beispiele für die Bereitschaft der Bundesregierung, mehr öffentliche Mittel für Entwicklung und Innovation bereit zu stellen. Allerdings ist das vom Ministerrat im November beschlossene Maßnahmen-

derartige Investitionen unter Abwägung der verschiedensten Interessen zügig abgewickelt und nicht aber zum Spielball von Einzelinteressen oder bestimmter Interessensgruppen mit jahrelangen Verzögerungen durch Einsprüche und Gerichtsverfahren werden.



21. Dezember 2016

## Wünsche anlässlich Weihnachten

Weihnachten naht, die Zeit der Besinnung, der Wertschätzung und Aufmerksamkeit, der Dankbarkeit aber auch der Wünsche. Eine Betrachtung aus der Sicht eines Managers der Chemischen Industrie.



DI Helmut Schwarzl  
 Geberit Produktions GmbH & Co KG

Allerdings mischt sich in diese weihnachtliche Besinnung leider auch ein Unbehagen, weil es seit Jahren viele negative Tendenzen gibt, wie die wachsende Arbeitslosigkeit, und sich einige Entscheidungsträger in der Politik und den Interessensvertretungen dieser Verantwortung offenbar nicht bewusst sind.

Wer aufhört besser zu werden, hört auf gut zu sein oder anders ausgedrückt, wer dauerhaft erfolgreich sein will, muss sich immer wieder verändern. Die Welt rund um uns verändert sich rasant und erfordert eben in vielen Bereichen andere Rahmenbedingungen als in der Vergangenheit. Die ohnehin dauernd strapazierten Beispiele sind die überbordende Verwaltung, das Steuersystem und die Abgabenquote, das Arbeitsrecht, das Bildungssystem, das Pensionssystem oder einfach die politische Kultur. Unser Land driftet durch die anhaltende Veränderungsresistenz und Entscheidungsträgheit von der Exzellenz in die Mittelmäßigkeit ab. Schade! Zu viel Energie wird in Ideologien und die Machterhaltung, der Bewahrung von Einzelinteressen sowie die Erhaltung von sogenannten wohlverordneten Rechten investiert anstatt in zukunftsorientierte Lösungen. Freilich ist es naiv zu glauben, dass zukunfts-

fähige Veränderungen, angesichts der unterschiedlichen Interessenslagen, einfach umzusetzen sind, daher zolle ich den engagierten und verantwortungsvollen Persönlichkeiten in der Politik und den Interessensvertretungen meinen allerhöchsten Respekt und bin dankbar für ihren Einsatz.

Aber Weihnachten naht und darum erlaube ich mir in aller Bescheidenheit ein paar Wünsche zu deponieren.

Frei nach dem Motto Zusammenkommen ist ein Beginn, Zusammenbleiben ist ein Fortschritt und Zusammenarbeiten ist ein Erfolg, wünsche ich mir einen politischen Stil in diesem Land, der sich auf die sachpolitische und zielorientierte Arbeit und nicht auf das mediale Vernichten von Standpunkten der Gegenseite konzentriert. Ich wünsche mir also Kooperation statt Konfrontation. Es fällt niemandem ein Stein aus der Krone, wenn auch einmal ein Vorschlag der Gegenseite gutgeheißen wird!

Ich wünsche mir außerdem, dass die politischen Entscheidungsträger mutige Schritte setzen, vielleicht auch einmal gegen die Mehrheit in der eigenen Partei, und sich in den Verhandlungen nicht mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner zufriedengeben. Unser Land braucht Reformen und keine „Reformchen“. Nur die Mutigen, die auch ohne Eigennutz etwas bewegen, tragen sich positiv in die Geschichtsbücher ein. Wie das gehen kann, wurde beispielsweise vor mehr als 10 Jahren durch die Regierung Schröder in Deutschland mit ihrer ambitionierten Arbeitsmarktpolitik eindrucksvoll gezeigt.

Was hat das Ganze nun mit der Chemischen Industrie zu tun?

Ja, Weihnachten betrifft uns alle, ebenso die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Stimmung in diesem wunderbaren Land Österreich. Eines ist ebenso gewiss, eine erfolgreiche Politik ist auch eine Frage der guten Chemie.

In diesem Sinne hoffe ich inständig auf die Erfüllung meiner Wünsche.

Frohe und besinnliche Weihnachten!

Ohne Zweifel, wenn wir uns besinnen, in welchem Land wir leben und arbeiten, dann fällt uns wohl eine Menge ein, das wir aus tiefster Überzeugung wertschätzen können. Österreich ist ein wunderschönes, stabiles und sicheres Land mit einer außerordentlichen Lebensqualität und einem hohen Wohlstand. Die Wirtschaft ist vielfältig und arbeitet am Puls der Zeit, was zahlreiche Betriebe mit Marktführerschaft bestätigen. Der Industrieanteil des BIP liegt bei 20 Prozent und damit klar über dem EU-Schnitt, damit ist der Wohlstand zu einem großen Teil auf eine reale Wertschöpfung zurückzuführen.

Mit anderen Worten, dieses Land hat eine gute Basis und ist wahrhaftig ein Geschenk. Ein Geschenk, das einen verantwortungsvollen Umgang verdient, um seinen Wert auch in Zukunft zu erhalten.



4. Jänner 2017

## Rückblick auf das postfaktische Jahr 2016

Wir blicken auf ein turbulentes politisches Jahr 2016 zurück: Die Auswirkungen des Brexit, der US-Präsidentenwahlen, der öffentlichen Diskussionen über die Freihandelsabkommen TTIP und CETA auf die Wirtschaft können noch nicht seriös abgeschätzt werden.



Mag. Sylvia Hofinger  
 Fachverband der Chemischen Industrie

„Postfaktisch“ beschreibt die dabei gewählte Form der medialen und politischen Auseinandersetzung – und wurde zum internationalen Wort des Jahres gewählt. Dazu kommt die immer rascher voranschreitende Digitalisierung, die massive Umbrüche für gesamte Wirtschaftssektoren bringt.

Das vergangene Jahr war für die chemische Industrie Österreichs neuerlich ein wirtschaftlich herausforderndes Jahr. Die

chemische Industrie bewegt sich seit jeher in einem schwierigen Umfeld: Sie ist wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig von umfassenden (zum Teil überbordenden) sektorspezifischen Regelungen betroffen. Eine kumulierte Kostenabschätzung der EU-Kommission hat gezeigt, dass die Einhaltung der Chemikaliengesetzgebung für die europäische chemische Industrie etwa ein Drittel aller Gesetzesfolgekosten ausmacht.

Vor diesem Hintergrund ist auch der FCIO als Interessenvertretung gefordert, sich ständig weiterzuentwickeln und neue strategische Schwerpunkte zu setzen. Neben unseren Kernkompetenzen – Chemikalienpolitik, Umweltrecht, Energie & Klima sowie die Branchenbetreuung – haben wir deshalb 2016 vor allem zwei Bereiche forciert: Die Kommunikationsarbeit des Fach-

verbandes der chemischen Industrie einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen, war der Innovation Day 2016. Auf Grund des großen Anklangs werden wir dieses Format auch im heurigen Jahr fortsetzen. Passend dazu wurde unsere Werbekampagne „Chemie ist in“ verbreitert und zeigt einem jung(geblieben)en Zielpublikum, dass ohne Chemie zahlreiche „must haves“ und nützliche Alltagsprodukte nicht verfügbar wären.

Sie alle arbeiten tagein tagaus daran, die Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen und im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Wir als Fachverband wollen Sie auch weiterhin bestmöglich dabei unterstützen. Ein Thema, das uns dazu heuer begleiten wird, ist Digitalisierung und Industrie 4.0 in der Chemiewirtschaft. Die Möglichkeiten, die sich aus der intelligenten Verknüpfung von Digitalisierung, Datenmanagement und Kommunikationsprozessen ergeben, möchten wir künftig verstärkt für die Interessenvertretung nutzen. Wir haben uns daher für 2017 zahlreiche Projekte vorgenommen, um Ihnen als „FCIO 4.0“ maßgeschneiderte Services bieten zu können und gemeinsam mit Ihnen die Zukunft des Chemiestandortes Österreich zu gestalten!

Vielen Dank für Ihr Vertrauen!

„Die chemische Industrie ist wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig von umfassenden (zum Teil überbordenden) sektorspezifischen Regelungen betroffen.“

Konjunktorentwicklung ist das fünfte Jahr in Folge sehr verhalten. Bis zum Juni des Jahres 2016 konnte die Branche keinen nennenswerten Aufschwung verzeichnen. Auch wenn die endgültigen Zahlen für 2016 noch nicht vorliegen, so ist mit keinen großen Steigerungen zu rechnen.

verbandes sowie die Besetzung des Offensivthemas „Innovation“.

Unter dem Schlagwort „Chemie 4.0“ haben wir die Innovationskraft der Branche in den Vordergrund gerückt. Höhepunkt der zahlreichen Aktivitäten, um die Lö-

18. Jänner 2017

## Eine neue Basis für den Standort

Standort-Debatten werden oft emotional geführt. Sind die Bedingungen und das Umfeld für heimische Unternehmen „abgesandelt“ (© Christoph Leitl)? Oder ist doch alles paletti? Viele Interessierte bleiben bei diesen Diskussionen meist ratlos zurück.



Mag. Christian Thonke

Novartis Pharma GmbH

Dabei ist eine sachliche Diskussion notwendig – und zwar nicht nur wenn es im Wahlkampf opportun ist.

Jüngstes Beispiel Ticketsteuer: Erfunden wurde die Luftverkehrsabgabe im Jahr 2011. Rot und Schwarz suchten nach neuen Wegen, um alte Budgetlöcher zu stopfen. Deutschland hatte die Ticketsteuer ebenfalls eingeführt – nichts leichter also, als dies im kleinen Österreich nachzuziehen. 100 Millionen Euro spülte die Steuer seitdem jährlich in den Staatsäckel – die Belastung pro Passagier und Ticket beläuft sich auf zwischen 7 und 35 Euro. Die Austrian und die heimischen Flughäfen (Unternehmen, die dem Staat in Österreich erfahrungsgemäß ja nicht fernstehen) wurden 2011 auf dem falschen Fuß erwischt und wendeten seither viel Mühe und Überzeugungsarbeit auf, um den Wettbewerbsnachteil wieder wegzubekommen. Ende 2016 sah es fast so aus, als ob die Unternehmen einen Teilerfolg verbuchen könnten. Der Finanzminister verhandelte selbst über eine Halbierung der ungeliebten Abgabe. Lufthansa, Austrian und Flughafen

Wien assistierten mit Investitionsplänen, die mehr Passagiere über das Drehkreuz Schwechat bringen sollten. Damit verbunden: neue Arbeitsplätze, Stärkung der Kaufkraft, insgesamt mehr Wertschöpfung für den Standort.

„Leider“ ist Teilen der SPÖ dann eingefallen, dass man doch nicht so ohne weiteres auf die 50 Millionen Euro verzichten könne. Österreichische Tageszeitungen kolportierten, dass die Halbierung der Ticketsteuer mit dem Gewinnfreibetrag juktiniert worden sei. Fazit aus Sicht der Unternehmen: Der Staat misstraut dem freien Markt und verfügt lieber weiterhin selbst über die Mittel, anstatt darauf zu vertrauen, dass mit neuen Investitionen über Lohn-, Umsatz- und andere Steuern wieder mehr

**„Der Staat misstraut dem freien Markt und verfügt lieber weiterhin selbst über die Mittel, anstatt darauf zu vertrauen, dass mit neuen Investitionen über Lohn-, Umsatz- und andere Steuern wieder mehr Geld in die Staatskassen fließt.“**

Geld in die Staatskassen fließt. Was für den Standort besser ist, spielt hier keine entscheidende Rolle.

Im Bereich Pharma stehen wir 2017 vor einem ähnlichen Thema. Allgemein erschallt der Ruf (Kanzler Kerns Plan A) nach mehr Investitionen in innovative Branchen, die den Standort und damit auch den Wohlstand und die hohe Lebensqualität in Österreich bis 2020 und darüber hinaus

sichern sollen. Unbestritten sind die chemische Industrie und Pharma solche Innovationsmotoren. Zugleich haben Unternehmen aus diesen Bereichen in den Augen mancher das Potential, finanzielle Unterstützung beim Stopfen struktureller Budgetlöcher zu leisten. Kaum liefen die Verhandlungen zur Verlängerung des Rahmen-Pharmavertrags zwischen Hauptverband und Industrie 2015 nicht so glatt, assistierte die Politik mit einem Gesetzesentwurf für Zwangsrabatte auf erstattete Arzneimittel – mit einem jährlichen „Bonus“ für die Krankenkassen von 125 Millionen Euro.

Nun wurde zwar im letzten Moment noch ein Kompromiss beim Rahmen-Pharmavertrag gefunden, den Fantasien für

neue Zwangsmaßnahmen gegen die Pharmaindustrie sind aber weiterhin keine Grenzen gesetzt. Und nachdem sich Industrie und Hauptverband vergangenes Jahr nicht auf eine gemeinsame Modernisierung des Erstattungskodex einigen konnten, ist nun wieder der Gesetzgeber dabei, neue Regelungen zu entwerfen. Diese werden dem Hörensagen nach zwar milder ausfallen als die letzten Forderungen des Hauptverbands, aber nichtsdestotrotz wird wieder ein zweistelliger Millionenbetrag pro Jahr von der Wirtschaft in den öffentlichen Bereich verschoben.

Eine alte Regel in der Politik besagt: Der Standort bestimmt den Standpunkt. Ich würde mir wünschen, dass wichtige standortrelevante Entscheidungen auf eine objektive Basis gestellt und weniger auf Basis koalitionsärer Interessens- und Abtauschpolitik getroffen werden. Ob Kanzler Kern es mit seinem Plan A ernst meint, wird er auch im Bereich Pharma und chemische Industrie bald zeigen können.



1. Februar 2017

## Von leidenschaftlichen Unternehmergeist zu trump'schen Kampfgeist

In den Jänner-WebChemNews wurden die Ergebnisse einer BCG Studie unter dem Titel „Die richtige Strategie macht eine Firma zum Wachstumskaiser“ publiziert.



MMag. Dr. M.A. Ilse Bartenstein

G.L. Pharma GmbH

BCG ging der Frage nach, warum es 84 erfolgreiche österreichische Firmen geschafft haben, überdurchschnittlich zu wachsen. Bei den wesentlichsten Gründen, die Hinweise auf den Erfolg geben, wurden genannt: Erfolgreiche Unternehmen haben keine sichtbaren Vorteile gegenüber den langsamer wachsenden Vergleichsfirmen, außer einer guten Strategie und einem ausgewogenen Verhältnis zwischen organischem Wachstum sowie Zukäufen und einer Expansion über lokale Grenzen hinweg. „Sehr erfolgreich sei es auch“, so Hannes Pichler, BCG Österreich, „Ideen anderer aufzugreifen und neu zu interpretieren“.

Darin habe ich Parallelen zu Gerot Lannach gefunden. G.L. Pharma ist ein Familienunternehmen mit einer langfristig ausgerichteten Wachstumsstrategie, organischem Wachstum und einer Fokussierung auf Arzneimittelspezialitäten in Nischen sowie einer starken Ausrichtung auf internationale Märkte. Und wir sehen es als unser Entwicklungsziel, laufend Verbesserungen bewährter Wirkstoffe und golden standard-Therapien anzubieten.

Die strategische Unternehmensführung und die Vision, die Unternehmenspolitik

**„Ohne Herzblut kann kein Organismus, aber erst recht kein Unternehmen überleben.“**

und -organisation, die Umsetzung der Marktstrategien und das Controlling bieten für mich die Grundlage für den unternehmerischen Erfolg. Das verbindende Element und das „Herzblut“ ist für mich die

Identifikation der Mitarbeiter mit „ihrem“ Unternehmen und dessen Aufgaben und Werte. Jeder einzelne sollte in der Zusammenarbeit mit seinen Vorgesetzten und Kollegen erfahren und wissen, wie sehr er zur Erfüllung der unternehmerischen Aufgaben in seiner Position beiträgt. Unternehmerische Verantwortung zu tragen heißt aber auch, Schwierigkeiten zu meistern und Durststrecken zu überwinden. Ohne Herzblut kann kein Organismus, aber erst recht kein Unternehmen überleben.

Ein Leitbild ist für mich die griffige Darstellung, wie das Unternehmen die Erwartungen der „stakeholder“ – das sind z. B. Kunden, Mitarbeiter und Führungskräfte, Eigentümer, Geschäftspartner und unsere Gesellschaft – ausgewogen berücksichtigen möchte, um erfolgreich zu sein und ein nachhaltiges Geschäftsmodell zu entwickeln. Derartige knappe, gut aufbereitete Zusammenfassungen wesentlicher Inhalte helfen mir als ein sogenannter visueller Typ sehr. Der im Englischen gebräuchliche Begriff „Mission statement“ gefällt mir fast besser, weil er die schon oben angesprochene Leidenschaft mit einschließt. Seine Aufgabe leidenschaftlich zu erfüllen, ist ein wunderbarer Kraftstoff.

Meine persönliche „Kraftquelle“ ist meine Neugierde, eine große Freude daran, möglichst vielfältige Aufgaben zu übernehmen. In einem Familienunternehmen und im „Unternehmen Familie“ sind Arbeit und Freizeit nie strikt getrennt, sodass ich nicht erst in der Freizeit (auf)lebe, sondern genauso bei der Arbeit. Außerdem habe ich viel als berufstätige Mutter dazugelernt. Multitasking

hat einen großen Vorteil: Irgendwo holt man sich sicher ein Erfolgserlebnis ...

Und in einem erfolgreichen Familienunternehmen leistet auch der Mann seinen Beitrag, weshalb ich aus aktuellem Anlass



mein Vorwort mit den Anmerkungen von Martin Bartenstein zu Donald Trumps gestrigen Aussagen ergänzen möchte: „Trump sagt nun auch Pharma den Kampf an“

Na also. Das musste ja so kommen. Jetzt ist also nach der Automobilindustrie endlich auch die Pharmaindustrie dran. America first, buy American, produce your tablets in America, transfer jobs to America ... (Anmerkung: America ist natürlich nur die U.S.A., auf keinen Fall Mexiko – das geht gar nicht)

Nur ganz so einfach, wie sich das Donald Trump vorstellt, liegen die Dinge in der Pharmabranche nicht.

Vorbei die Zeiten, als Deutschland noch als „Apotheke der Welt“ galt – heute sind 7 der Top 12 Big Pharma-Companies amerikanisch. Und Pfizer hat sein HQ in New York gerade einen Steinwurf vom Trump Tower entfernt.

Vielleicht meint der gnadenlose Vereinfacher (lat. „Populist“) Donald Trump aber hier weder deutsche noch europäische Pharma-Companies, sondern solche aus Indien. Generische Arzneimittel, die in den USA an die 90 Prozent der Verordnungen ausmachen, kommen überwiegend aus der neuen „Pharmacy of the World“, nämlich Indien. Und diese Milliarden Packungen in den USA zu fertigen würde das US Gesundheitssystem ebenfalls Milliarden – aber US Dollar – kosten. Dagegen sind die Kosten für die verhasste Gesundheitsreform seines Vorgängers „Obamacare“ ein Klacks. Vielleicht also doch keine so gute Idee, Mr. President?

15. Februar 2017

## Innovationskraft – das Erfolgsrezept gerade in unruhige Zeiten

In wirtschafts- und handelspolitisch unruhigen Zeiten gilt es für die Unternehmen umso mehr ruhigen Kopf zu bewahren. Die aktuellen Protektionismus-Diskussionen werden sich hoffentlich bald wieder legen.



Dr. Stefan  
Doboczky

Lenzing AG

eher von kleinen oder mittelständischen Unternehmen entwickelt und erst später von den ganz großen umgesetzt.

Innovationsmanagement ist für österreichische Unternehmen mit ihrem mittelständischen Charakter ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg. Innovation setzt aber wiederum ein entsprechend F&E-freundliches Umfeld voraus. Mit einer Forschungsquote von rund 3 Prozent des BIP hat Österreich hier in den letzten Jahren Terrain gutgemacht. Trotzdem liegen wir weltweit im OECD-Ranking noch auf Platz 5, das ist verbesserungsfähig. Die angekündigte Erhöhung der Forschungsprämie von zwölf auf 14 Prozent ist jedenfalls ein richtiger Schritt und wird den Forschungsstandort Österreich für Unternehmen attraktiver machen.

Dass auch österreichischen Unternehmen innovative Weichenstellungen gelingen, beweist die Lenzing AG. Wir betreiben in Österreich das weltweit größte außeruniversitäre Cellulosechemie-Forschungszentrum mit mehr als 170 international ausgerichteten Mitarbeitern. Von hier gehen Innovationen aus, die das Potential haben, ganze Branchen zu verändern. Mit der lau-

**„Kreativität, Ideenreichtum und Mut sind aber genauso wenig eine direkte Funktion der Unternehmensgröße wie Kundennähe.“**

national erfolgreich sind. Natürlich haben große, multinationale Unternehmen gegenüber Mittelständlern Vorteile in der Aufstellung globaler Wertschöpfungsketten. Sie haben allein durch ihre Größe zudem ein Vielfaches an Mitteln für F&E zur Verfügung. Kreativität, Ideenreichtum und Mut sind aber genauso wenig eine direkte Funktion der Unternehmensgröße wie Kundennähe. Im Gegenteil, bahnbrechende „step-change“-Innovationen werden viel

fenden Weiterentwicklung und der erfolgreichen Marktdurchdringung mit TENCEL®, der am umweltfreundlichsten hergestellten Cellulosefaser am Markt, sind wir seit Jahren globaler Innovationsführer. Vor einigen Wochen haben wir zudem einen wichtigen Schritt zur Forcierung der Kreislaufwirtschaft in der Textilindustrie gesetzt. In unserer neuen Fasergeneration Refibra™ kombinieren wir unsere TENCEL® Technologie mit Zellstoff aus den Baumwollstoffresten,



die in der Produktion von Bekleidung entstehen. Dieses neue Produkt wurde in Lenzing entwickelt und basiert auf der Analyse der Bedürfnisse unserer Kunden und Partner der textilen Wertschöpfungskette, den Ressourcenverbrauch in Zukunft signifikant zu reduzieren. Es ist dies ein gutes Beispiel, das von Lenzing entwickelte Know-how über internationale Kooperationen zu innovativen, marktfähigen Produkten zu machen, die zudem noch wegweisende ökologische Beispielswirkung haben.

Wir haben uns bei Lenzing in unserer neuen Strategie sCoreTEN vorgenommen, in den kommenden Jahren unsere F&E-Aufwendungen noch weiter anzuheben, damit unsere Innovationspipeline auch langfristig gut gefüllt bleibt. Wir setzen ganz klar auf unsere eigenen Ideen, unsere Kreativität und unsere Erfahrungen in der Partnerschaft mit unseren Kunden und Lieferanten im Wertschöpfungskreislauf.

1. März 2017

## Die chemische Industrie im Zeitalter des „Postfaktischen“

Der Begriff „postfaktisch“ hat sich seit einer Rede von Angela Merkel im September 2016 innerhalb weniger Monate zum öffentlichen Modewort entwickelt.



DI Roman  
Eberstaller

Sunpor Kunststoff  
Gesellschaft m.b.H.

Als „post-truth“ wurde es 2016 sogar zum UK Word of the Year 2016.

Für die chemische Industrie ist das postfaktische Zeitalter jedoch bereits seit Jahren Realität und wird zunehmend zur echten Herausforderung.

Die SUNPOR-Kunststoff GesmbH ist ein norwegisches Privatunternehmen, das sich mit der Herstellung von EPS-Rohstoffen (besser bekannt unter dem BASF-Markennamen Styropor) beschäftigt. In der mittlerweile dreißigjährigen Firmengeschichte hat sich der Produktionsbetrieb von anfänglich 8.000 Jahrestonnen auf eine Gesamtkapazität von insgesamt 230.000 Jahrestonnen gesteigert und gehört damit zu den drei größten EPS-Produzenten in Europa.

Die Hauptanwendungen unserer Produkte sind die Dämmstoffherzeugung und die Verarbeitung zu Verpackungsteilen. Somit verlassen täglich Rohstoffe für die Dämmung von etwa 1.200 Einfamilienhäusern unser Unternehmen. Gestapelt würde dies einen Schaumstoffblock mit einem Quadratmeter Grundfläche und einer Höhe von etwa 45 Kilometer ergeben. Dieser Dämmstoffblock besteht allerdings zu 98 Prozent aus Luft und nur zu 2 Prozent aus Kunststoff, aber darüber wird nicht berichtet. Womit ich bei meinem eigentlichen Thema angelangt wäre, dem „postfaktischen Zeitalter“.

Dämmstoffe sind (wenn man sich an die Fakten hält) ziemlich unbestritten der sinnvollste Beitrag zum Umweltschutz. Etwa ein Drittel des Gesamtenergieverbrauchs in Europa wird für die Temperierung von Gebäuden aufgewendet, ohne dadurch einen Mehrwert zu generieren. Diese Energie könnte nämlich durch ent-

sprechende Dämmmaßnahmen auf praktisch null reduziert werden.

Wenn man die öffentlichen Medien betrachtet wird jedoch nicht darüber geschrieben, wie man so schnell wie möglich durch Dämmung den Energieverbrauch reduzieren kann, sondern darüber, ob Dämmen ökologisch überhaupt sinnvoll ist. Willkommen im postfaktischen Zeitalter.

Kommt man dann zum Schluss, dass die Gebäudeisolierung doch sinnvoll ist, entfacht schnell ein Glaubenskrieg darüber mit welchem Dämmstoff man das tun sollte. Schnell läuft dann die Diskussion in Richtung sogenannter „alternativer Dämmstoffe“. Gemeint sind damit Materialien wie Schafwolle, Kork oder Holzwolle. Nicht erwähnt wird dabei üblicherweise, dass auch diese Materialien mit „chemischen“ Additiven behandelt werden müssen, um die Verrottung zu verhindern oder die Brennbarkeit zu reduzieren. Unerwähnt bleibt dabei auch, dass diese

**„Wenn man die öffentlichen Medien betrachtet wird jedoch nicht darüber geschrieben, wie man so schnell wie möglich durch Dämmung den Energieverbrauch reduzieren kann, sondern darüber, ob Dämmen ökologisch überhaupt sinnvoll ist.“**

Hilfsstoffe oftmals alles andere als ökologische Eigenschaften besitzen. Ganz zu schweigen davon, dass die Herstellung der benötigten Mengen ein echtes ökologisches Problem mit sich bringen würde.

Ein weiterer Aspekt der gerne vergessen wird, ist, dass nicht der eigentliche Effekt, nämlich die Dämmleistung, verglichen wird, sondern die Quadratmeter Dämmung. Würde man die Fakten sprechen lassen, könnte man schnell feststellen, dass eine Holzwolle-Dämmplatte (Dichte >100 kg/m<sup>3</sup>) mehr Kunststoff (in Form von Stützfaser) benötigt als Styropor (15 kg/m<sup>3</sup>), um den gleichen Dämmwert zu liefern. Willkommen im postfaktischen Zeitalter.

Beschäftigt man sich dann näher mit dem Thema Dämmen stößt man sehr rasch auf das Thema Recyclierbarkeit und auf die Meinung,

Styropor sei nicht recyclebar. Tatsache ist jedoch, dass das thermoplastische Polystyrol der einzig wirklich recyclebare Dämmstoff ist, den es auf dem Markt gibt. „Alternative Dämmstoffe“ können ausschließlich verbrannt werden, falls sie in der üblichen Verwendungsdauer von über 50 Jahren nicht schon verrottet sind, mineralische Dämmstoffe können ausschließlich deponiert werden. Willkommen im postfaktischen Zeitalter.

Zu guter Letzt möchte ich noch als Beispiel, das „giftige“ Flammschutzmittel erwähnen welches bis vor kurzem in Styropor verwendet wurde, welches eine akute Toxizität beim Mensch hat, die dreimal kleiner als die von Kochsalz und fünfzigmal kleiner als jene von Koffein ist. Willkommen im postfaktischen Zeitalter.

Ich bin überzeugt, dass die meisten Mitglieder des FCIO ähnliche Geschichten über ihre Produkte zu erzählen haben und

oftmals staunend diese medientechnische und gesellschaftliche Entwicklung verfolgen können.

Ich denke auch, dass es noch kein wirksames Konzept gibt diesen Trend kurzfristig umzudrehen und wieder Fakten sprechen zu lassen.

Trotzdem bin ich der festen Überzeugung, dass wir als chemische Industrie nicht müde werden dürfen mit Fakten zu argumentieren, Tatsachen zu kommunizieren, Schulen dabei zu unterstützen mündige und kritische Schulabgänger auszubilden und die naturwissenschaftlichen und technischen Fächer wieder attraktiv zu machen.

Die Historie hat gezeigt, dass nach jeder Bewegung eine Gegenbewegung folgt, und ich freue mich bereits auf das Jahr, in dem das „neofaktische Zeitalter“ zum Wort des Jahres gekürt wird.

15. März 2017

## Die chemische Industrie im Wandel zu Chemie 4.0

Die chemische Industrie war seit ihrer Entstehung Mitte des 19. Jahrhunderts einem ständigen Wandel unterzogen. In ihrer Pionierzeit (Chemie 1.0) wurden erstmals chemische Erkenntnisse in großtechnische Verfahren umgesetzt.



**KommR Ing. Hubert Culik**

Rembrandtin Lack GmbH Nfg. KG

Den Besuchern bot sich ein umfangreiches, detailliertes Programm mit Referenten aus unterschiedlichsten Bereichen. Zahlreiche Möglichkeiten wurden vorgestellt, wie man durch die Vernetzung von Daten die Effizienz steigern, die Qualität sichern und die Liefergeschwindigkeit erhöhen kann.

So kann man etwa auf der Basis von Datenanalysen herausfinden, wann bei einer Anlage die nächste Wartung ansteht. Oder mittels Augmented Reality dem Operator anlagenspezifische Daten während des Rundgangs zur Verfügung stellen, während dieser wiederum zeitgleich die Zentrale mit aktuellen Informationen versorgt. Und durch die digitale Vernetzung mit Kunden und Lieferanten lassen sich nicht nur die Planungssicherheit und Liefergeschwindigkeit erhöhen, sondern auch die Kosten senken.

Auch im Forschungsbereich bieten sich große Vorteile durch die zunehmende Digitalisierung, da beim Abgleich oder der Su-

Die Phase der Chemie 2.0 prägte Rohöl als Rohstoffquelle und die nahezu unbegrenzten Möglichkeiten der Polymerisation. Die Chemie 3.0 war beflügelt durch die Internationalisierung der Produktionsstätten. Gleichzeitig eröffnete die Biotechnologie der Pharmaindustrie neue Wege.

Auch aktuell befindet sich die Branche im Wandel. Die Chemie 4.0 charakterisiert sich vor allem durch die Bestrebungen, erdölbasierte durch sogenannte biogene Rohstoffe zu ersetzen (Green Chemistry). Auf der anderen Seite geht es auch darum, Produkte und Materialien mit bestimmten funktionel-

**„Durch die Nutzung von Daten und die Kommunikation zwischen Anlagen über Unternehmensgrenzen hinweg ergeben sich neue Möglichkeiten für Effizienzsteigerungen und innovative Geschäftsmodelle.“**

len Eigenschaften zu entwickeln (Smart Chemistry). Und ein Trend, der die chemische Industrie in naher Zukunft sehr stark prägen wird, ist die Digitalisierung (Industrie 4.0). Durch die Nutzung von Daten und die Kommunikation zwischen Anlagen über Unternehmensgrenzen hinweg ergeben sich neue Möglichkeiten für Effizienzsteigerungen und innovative Geschäftsmodelle.

Um über aktuelle Entwicklungen in der „Industrie 4.0“ zu informieren und gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, über die Chancen und Herausforderungen zu diskutieren, hat der Fachverband am 7.3. einen Workshop in der Siemens City veranstaltet.

che nach bestimmten Daten durch Vernetzung enorm viel Zeit eingespart werden kann, Versuchsanforderungen rascher angepasst oder auch vorzeitig beendet werden können.

Der Schritt in Richtung Industrie 4.0 bietet auf allen Ebenen großes Potenzial. Laut einer Einschätzung von Prof. Jürgen Miethlinger vom Linz Institute of Technology besitzen 80 Prozent der Betriebe kein MES-System und bearbeiten die Daten in Excel-Tabellen, wobei die einzelnen Akteure gerade einmal per Email miteinander verbunden sind. Für ihn – genauso wie für andere Experten – ist es höchste Zeit, mutig



den ersten Schritt in Richtung Industrie 4.0 zu setzen.

Dass die Digitalisierung einen großen Einfluss auf das erwartete Know-how der zukünftigen Mitarbeiter hat, zeigte sich in der abschließenden Diskussion unter den Teilnehmern. Denn so, wie sich Industrie 4.0 auf die Arbeitswelt auswirken wird, so muss es auch einen Wandel in der Ausbildung geben. Der Fachverband wird sich verstärkt diesem Thema widmen und Ausbildungen auf allen Ebenen unter diesem Aspekt beleuchten. Mit der Neugestaltung des Lehrberufs Chemieverfahrenstechniker wurde bereits ein erster Schritt gesetzt.

Um das Querschnittsthema gemeinsam mit den Mitgliedsfirmen voranzubringen, wird Digitalisierung künftig auch in die einzelnen Arbeits- und Berufsgruppen des Fachverbandes einfließen. Dabei sollen auch die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen – Stichwort Datenschutz und Datensicherheit – beleuchtet werden.

Um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen wird die Kommunikationsarbeit des FCIO heuer die Digitalisierung als Schwerpunkt setzen.

Für die heimische chemische Industrie bietet Industrie 4.0 die Möglichkeit, sich vom Kuchen des globalen Marktes ein größeres Stück abzuschneiden und den Wandel proaktiv mitzugestalten – so werden wir auch künftig unseren Innovations- und Qualitätsvorsprung behalten und erfolgreich auf den internationalen Märkten bestehen.



29. März 2017

## Hoffen auf EMA-Ansiedlung in Wien

Durch die Ansiedlung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) würde Wien als Pharma-Standort massiv an Attraktivität gewinnen.



**KommR. Dkfm. Dr. Johann F. Kwizda**

Kwizda Holding GmbH

Wien hat als wichtige Drehscheibe der pharmazeutischen und biopharmazeutischen Industrie, des Pharmahandels und der Arzneimittellogistik in Zentraleuropa die besten Voraussetzungen für die Ansiedlung der EMA. Daher freue ich mich über die gemeinsamen sozialpartnerschaftlichen Anstrengungen, den Pharma-Standort Wien und Österreich aufzuwerten. Die aktive Positionierung Wiens von WK-Wien Präsident Walter Ruck bei den Gesprächen mit EMA-Chef Guido Rasi in London war ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Eine aktuelle Studie zeigt, dass die pharmazeutische Industrie und der Pharmahandel einen wichtigen Wachstumsfaktor in der europäischen und österreichischen Wirt-

schaft darstellen. Jeder in der pharmazeutischen Industrie Österreichs erwirtschaftete Euro führt zu weiteren 1,35 Euro an Wertschöpfung. Die Pharmabranche in Österreich bietet Jobs für 18.000 direkte und 63.000 indirekte Beschäftigte. Sie erbringt eine direkte Wertschöpfung von 4,8 Mrd. Euro, die mit indirekten Effekten auf 9,7 Mrd. Euro anwächst. Damit schafft diese Branche einen Beitrag von etwa 2,8 Prozent des gesamten BIP in Österreich.

Die wirtschaftliche Bedeutung wird zusätzlich unterstrichen von den Investitionsvorhaben namhafter Pharmafirmen in der Höhe von einer Milliarde Euro (Boehringer

reich Pharma und Life Sciences. Die Pharmabranche zählt zu den Top-Zukunftsbranchen in Europa. Wir müssen jetzt diese große und einmalige Chance ergreifen, Wien und Österreich zum Zentrum dieses Wachstumsmarktes zu machen.

Die Aktivitäten der pharmazeutischen Industrie sind darüber hinaus beispielgebend für Forschung und Entwicklung und für die Kooperation von Industrie und Universitäten in Österreich. Durch diese enge Zusammenarbeit können den Österreicherinnen und Österreichern frühzeitig die Erfolge der Forschung in Form von innovativen Arzneimitteln zur Verfügung gestellt werden.

**„Die Aktivitäten der pharmazeutischen Industrie sind beispielgebend für die Kooperation von Industrie und Universitäten in Österreich.“**

Ingelheim, Octapharma, Novartis Sandoz, Takeda, Pfizer, Lannacher und Kwizda Life Sciences). Auch die geplante Ausweitung des Erfolgsmodells „Forschungsprämie“ ist ein vielversprechendes Instrument zur Stärkung von innovativen Firmen im Be-

In diesem Zusammenhang ist auch das vertrauensvolle Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Frauen und dem Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft von entscheidender Bedeutung.



12. April 2017

## Neue Biopharma-Anlage bringt 700 Mio. Euro für Wien

Im Beisein von Bundeskanzler Christian Kern und Finanzstadträtin Renate Brauner haben wir am 6. April 2017 mit großer Freude den Spatenstich für eine neue biopharmazeutische Produktionsanlage in Wien-Meidling gesetzt.



**Philipp von Lattorff**

Boehringer Ingelheim  
RCV GmbH & Co KG

pharmazeutische Arzneimittel mithilfe von Zellkulturen hergestellt.

Die Unternehmensleitung bekennt sich mit dieser Investition nachhaltig zum Standort Wien und sichert diesen auf Jahrzehnte ab. Schon bisher produzieren wir in Wien biopharmazeutische Medikamente mit Hilfe von Hefen und Bakterien. Mit der neuen Zellkulturanlage reagiert unser Unternehmen – als einer der weltweit führenden Auftragshersteller – auf die stark wachsende Nachfrage nach biopharmazeutischen Arzneimitteln.

Wir schaffen im Zuge des Ausbaus rund 500 zusätzliche Arbeitsplätze für hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Wien. Die gesuchten Positionen sind da-

bei sehr vielfältig und reichen von Verfahrenstechnikern und Biopharmazeuten über Laboranten bis hin zu Jobs im Vertrieb. Für die Planung und Errichtung der neuen Anlage wurden bereits die ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen. Derzeit beschäftigen wir in Wien mehr als 1.600 Personen, die Zahl wird in den nächsten Jahren auf rund 2.100 ansteigen.

Mit der Errichtung der neuen Biopharma-Anlage setzen wir einen weiteren Meilenstein in der Zellkulturtechnologie und stärken nicht nur unsere Marktposition, sondern auch den Forschungs- und Life-Science-Standort Österreich insgesamt.

Für das Projekt hat Boehringer Ingelheim eine Summe von fast 700 Mio. Euro – inklusive infrastruktureller Maßnahmen – bereitgestellt.

Es handelt sich dabei nicht nur um die größte Einzelinvestition in der Unternehmensgeschichte von Boehringer Ingelheim, sondern auch um die größte Investition eines Privatunternehmens in Wien seit der Errichtung des General-Motors-Werks in Aspern 1979. In der neuen Anlage, die 2021 in Betrieb geht, werden künftig bio-

**„Mit der Errichtung der neuen Biopharma-Anlage setzen wir einen weiteren Meilenstein in der Zellkulturtechnologie und stärken nicht nur unsere Marktposition, sondern auch den Forschungs- und Life-Science-Standort Österreich insgesamt.“**



26. April 2017

## Die saubere Industrie ist keine Illusion

Die gesetzlichen Umweltauflagen werden immer strenger. Das ist gut so, aber nicht genug. Ich denke, dass gerade die chemische Industrie auch auf Eigeninitiative setzen muss. Die Donau Chemie lebt diesen Ansatz bereits.



**Ing. Franz Geiger**

Donau Chemie AG

Betrieben die Arbeitsunfälle halbiert, der Wasserverbrauch um 56 Prozent gedrosselt und die flüchtigen organischen Verbindungen um 43 Prozent reduziert werden.

### Energie intelligent nutzen

Die chemische Industrie trägt aber auch eine ganz besondere Verantwortung, wenn es um den Klimaschutz geht. Der Energiebedarf, vor allem bei der Herstellung chemischer Grundstoffe, ist hoch. Umso wichtiger ist es, hier mit guten Ideen und modernster Technik gegenzusteuern. Die Donau Chemie AG heizt beispielsweise den Standort Brückl mit der Energie, die bei der Salzsäuresynthese entsteht. Dadurch reduzieren wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 40 Prozent. Der Standort Pischelsdorf arbeitet überhaupt CO<sub>2</sub>-neutral, seit die Abwärme aus der Schwefelsäureproduktion in Strom und Warmwasser umgewandelt wird. Die Energieversorgung unseres Karbidwerks in Landeck wiederum läuft über das hauseigene Wasserkraftwerk. Insgesamt sparen all diese Maßnahmen 125.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Jahr. Das ist so viel wie 60.000 Autos in etwa im selben Zeitraum emittieren.

Responsible Care feiert 25. Geburtstag. Ich gratuliere dem Fachverband sehr herzlich zu dieser Erfolgsstory – und ich bin stolz darauf, dass die Donau Chemie 1994 das erste Unternehmen in Österreich war, das einen seiner Standorte zertifizieren ließ.

### Messbare Auswirkungen

Das Verfahren hat sich seither weiterentwickelt. Aufwändig ist es allemal. Um das Zertifikat zu erlangen, müssen rund 300 Fragen unter anderem aus den Bereichen Energie, Entsorgung, Lagerung, Arbeitnehmerschutz und mehr beantwortet werden – und zwar für jeden Standort extra. Aber genau weil so streng geprüft wird, bringt die Zertifizierung sehr viel. Innerhalb von zehn Jahren konnten in Responsible-Care-zertifizierten

### Produkte für die Umwelt

Es genügt aber nicht, viele Millionen in nachhaltige Standorte zu investieren. Die chemische Industrie ist auch gefordert, Produkte zu entwickeln und herzustellen, die zum Umweltschutz beitragen. So filtern Fällungsmittel Hormone und Medikamentenrückstände aus Abwässern und Abgasfilter mit Aktivkohle reinigen die Luft. Die Impulse hierfür kommen aus unseren Labors und von unseren Produktentwicklern. Und sie können viel bewegen, auch über den eigenen Standort hinaus.

### In Jahrzehnten denken

All diese Maßnahmen werden von hohen Investitionen getragen. Aber ganz abgesehen vom gesellschaftlichen Nutzen und der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen, die uns etwas Wert sein müssen, amortisieren sich die Kosten, jedenfalls zum Teil, auch wieder. Allerdings sehr langfristig.

Traditionsunternehmen wie die Donau Chemie haben hier sicher einen Vorteil. Wir sind es gewohnt, in Jahrzehnten zu kalkulieren und auf Herausforderungen nachhaltig zu reagieren.



10. Mai 2017

## Der Stellenwert der produzierenden Wirtschaft für die Gesellschaft

Europa steht im globalen Wettbewerb vor gewaltigen Herausforderungen. Wir benötigen attraktive und am Weltmarkt erfolgreiche Produkte.



Komm.-Rat Ing.  
Wolfgang Haider

Borealis Polyolefine  
GmbH

Das erfordert jedenfalls Vielfalt, Exzellenz in Bildung, ein zukunftsorientiertes Energie- und Rohstoffkonzept sowie eine wettbewerbsfähige Struktur im Sinne von „Wirtschaft / Gesellschaft 4.0“, die u.a. durch die Konzentration auf Schlüsseltechnologien, Digitalisierung und hochwirtschaftliche Forschungs- und Produktionscluster gekennzeichnet ist.

Aus unserer Sicht ist es für die weitere wirtschaftliche Entwicklung von entschei-

dender Bedeutung, dass das auf europäischer Ebene beabsichtigte Ziel „den Anteil der Industrie am BIP von heute 16 Prozent auf mindestens 20 Prozent in 2020 zu steigern“ als ein Grundpfeiler der europäischen Wirtschaftspolitik verankert, und die Zielerreichung durch ein konkretes Maßnahmenpaket sichergestellt wird.

Neben Exzellenz in Bildung wird eine dafür notwendige Maßnahme die Neuausrichtung der Energie- und Rohstoffpolitik sein, damit für die Industrie Energie und Rohstoffe zu wettbewerbsfähigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden können und Klimaschutzmaßnahmen eine tatsächliche

**„Der Erfolg Österreichs gründet u.a. darauf, dass wir noch immer einen verhältnismäßig hohen Industrieanteil und damit Produktions- und Innovationskompetenz haben.“**

Verbesserung und nicht nur eine Verlagerung der produzierenden Wirtschaft in andere Regionen und damit eine Schwächung Europas bewirken!

Der Erfolg Österreichs gründet u.a. darauf, dass wir noch immer einen verhältnismäßig hohen Industrieanteil und damit Produktions- und Innovationskompetenz haben – und Entscheidungen mehr und mehr mit dem Bewusstsein getroffen werden, dass jeder zusätzliche Prozentpunkt einen beträchtlichen Multiplikator Effekt für eine gesunde Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur hat und damit die Basis für Beschäftigung und Wohlstand ist!

# DIE CHEMISCHE INDUSTRIE

So heterogen wie die Branche ist, so heterogen entwickelten sich auch die einzelnen Zweige der chemischen Industrie im Jahr 2016. So gingen vor allem bei den Chemikalien die Umsätze deutlich zurück. Auch Kunststoffe und Pharmazeutika mussten Einbußen hinnehmen, während sich zum Beispiel Chemiefasern und Lacke über Zuwächse freuen konnten. Die chemische Industrie in ihrer Gesamtheit beendete das Jahr mit einem Minus von 0,6 % und bewegte sich damit das fünfte Jahr in Folge umsatzmäßig seitwärts. Anstiege bei Beschäftigten und Investitionen sowie eine gute Auftragslage im ersten Quartal 2017 geben aber Grund zur Hoffnung, dass ein Ende der Stagnation in Sichtweite ist.

Wirtschaftsbericht .....	36
Pharmazeutische Industrie .....	37
Kunststoffe .....	38
Biokraftstoffe .....	39
Düngemittel .....	40
Pflanzenschutz .....	40
Waschmittel/Kosmetik/Aerosole .....	41
Lacke und Anstrichmittel .....	42
Bauchemie .....	43
Faserindustrie .....	43
Technische Gase .....	43
Bitumenemulsionen .....	44
Kautschukverarbeitende Industrie .....	44
Dachbahnen .....	44



## Wirtschaftsbericht

### Chemische Industrie Österreichs 2016

**Auf und ab.** Österreichs chemische Industrie bewegte sich im Jahr 2016 nur sehr langsam. Einem schwachen ersten Quartal folgte ein stärkeres zweites. Die Branche hoffte, dass Dynamik in die Chemiekonjunktur käme. Das dritte Quartal machte diese Erwartungen aber zunichte. Im vierten Quartal zog die Nachfrage wieder an.

**Besser als EU-Schnitt.** Insgesamt ergab dieses Auf und Ab im Jahr 2016 knapp 14,8 Mrd. Euro Umsatz – also einen geringen Rückgang um -0,6 Prozent. Die Chemie bewegte sich damit das fünfte Jahr in Folge seitwärts. Die chemische Industrie hat sich nach der Krise von 2008/2009 zwar rasch erholt, ist aber nach weiteren 2 Jahren mit schwachem Wachstum in Stagnation verfallen. Dabei liegt Österreichs chemische Industrie in der EU nicht einmal schlecht: Im Vergleich 2011 bis 2015 schneidet sie besser ab als die Mehrzahl der EU-Länder.

**Geringe Nachfrage bei Chemikalien.** Die einzelnen Zweige entwickelten sich ausgesprochen heterogen. Vor allem bei Chemikalien gingen die Umsätze deutlich zurück. Bei Anorganika lagen diese teilweise im zweistelligen Prozentbereich. Schlecht verkauften sich auch Kunststoffe, Agrochemikalien und Pharmazeutika.

**Fasern und Lacke legten zu.** Sehr gut war die Nachfrage nach Chemiefasern, und auch Lacke lagen im Plus. Wasch- und Reinigungsmittel legten geringfügig zu, Industriegase verloren etwas an Umsatz. Kautschuk und Kunststoffwaren blieben praktisch auf gleichem Niveau wie 2015.

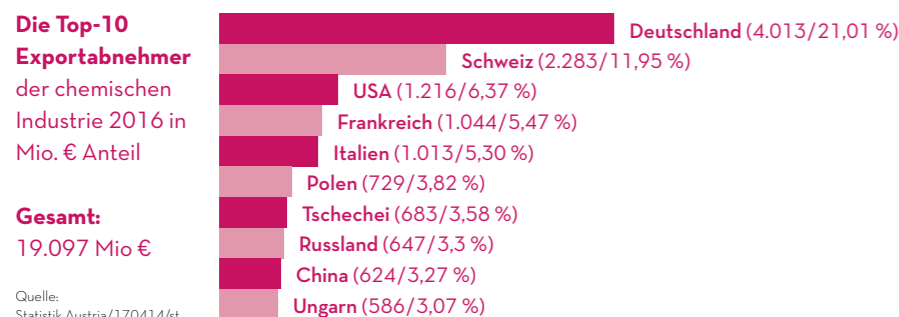
**Rückgang bei Exporten.** Wachstumsimpulse kamen auch nicht aus dem Auslandsgeschäft, es fiel ebenfalls schwach aus. Die Zahlen von Statistik Austria zeigen ein Minus von 0,9 Prozent.

Einmal mehr gab Deutschland als wichtigster Handelspartner die Richtung im Außenhandel mit einem Rückgang von einem Prozent vor. Aber auch die Nachfrage aus vielen anderen Abnehmerstaaten ließ nach, z.B. Frankreich, Polen, Tschechien und Ungarn. Die Schweiz, Italien, Großbritannien lagen hingegen im Plus, ebenso USA und China während der Handel mit Russland stagnierte. Die Chemie-Handelsbilanz Österreichs war bei einem Importzuwachs von 1,1 Prozent im Jahr 2016 somit leicht negativ.

**Zuwächse bei Beschäftigten.** Trotz der geringen Dynamik der Konjunktur ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Chemie geringfügig gestiegen. Die Branche beschäftigt zirka 44.100 Mitarbeiter. Das sind 1,4 Prozent mehr als im Vorjahr.

**Bessere Aussichten 2017.** Die chemische Industrie scheint aber die konjunkturelle Talsohle durchschritten zu haben. Das erste Quartal 2017 hat im Vergleich zum Vorjahresquartal gut begonnen. Dies ist allerdings auch bedingt durch die niedrige Produktionsaktivität im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die Stimmung in der Branche ist nicht überschäumend, aber klar besser als in den vergangenen Jahren. Nach fünf Jahren Stagnation sind die Unternehmen wieder optimistischer.



## Pharmazeutische Industrie

### Zähe Verhandlungen mit dem Hauptverband prägten das Jahr

**Wachstumsphase beendet.** Das wirtschaftliche Klima hat sich 2016 für die pharmazeutische Industrie deutlich stärker eingetrübt als dies für die gesamte chemische Industrie spürbar war. Der Wert der abgesetzten Produktion musste einen Rückgang von über 3 Prozent hinnehmen, bei den pharmazeutischen Grundstoffen waren es über 7 Prozent. Das ergibt in Summe einen Umsatzverlust von mehr als 4 Prozent. Damit dürfte das in den vergangenen Jahren beobachtete rasante Wachstum der Pharmaindustrie in Österreich in eine Konsolidierungsphase übergegangen sein.

**Zähe Verhandlungen.** Mit dem Rahmen-Pharmavertrag 2015 hat sich die Pharmaindustrie dazu verpflichtet, sich an der Kostendämpfung für die Gesundheitsausgaben solidarisch zu beteiligen. Dazu wurden nicht nur erhebliche Solidarzahlungen vereinbart (125 Mio 2016 und weitere Zahlungen für 2017 und 2018), sondern auch Gespräche über die Weiterentwicklung des Erstattungssystems zugesagt, wobei diese freilich für den Hauptverband ausgabendämpfende Wirkung haben müssen.

Der im ersten Halbjahr 2016 unter Vorsitz des BMG abgewickelte Verhandlungsabschnitt hat gezeigt, dass die Standpunkte zwischen dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger und der Pharmawirtschaft zu weit auseinander liegen. In dieser Zeit

verlor auch das prognostizierte Kassendefizit völlig seinen Schrecken, denn im Laufe des Jahres konnte der Hauptverband seine Prognose von einem deutlichen Minus auf ein Plus von rund 80 Mio. Euro für 2016 revidieren. Die Ausgaben für Arzneimittel blieben trotz Einführung innovativer Produkte im vereinbarten Korridor nahe der 3 Prozent Marke.

Die Pharmawirtschaft hat in weiteren bilateralen Gesprächen mit dem Hauptverband zur Sicherstellung des Lastenausgleichs auf eine Paketlösung bestanden. Innerhalb dieses Pakets konnte man sich auf eine angepasste Generikapreisbildungsregel (insgesamt 65 Prozent Preisabschlag statt bisher rund 60 Prozent) einigen. Auch für Biosimilars konnte eine Einigung auf die Einführung einer eigenen Preisbildungsregel erzielt werden, wobei die Pharmaindustrie bei den Preisabstufungen den Wünschen des Hauptverbandes sehr weit entgegen gekommen ist. Offen geblieben ist die Laufzeit dieser Regelung.

Für den Bereich jener Produkte, bei denen oftmals keinen Vertrag über eine Erstattung zwischen Hauptverband und den Anbietern zustandekommt (No-Box), konnte kein Kompromiss gefunden werden. Der Hauptverband möchte hier zusätzliche Abschläge auf den EU-Durchschnittspreis (gesetzliches Maximum für die Erstattung) per Gesetz einführen und damit sehr massiv in die Preisgestaltung der Firmen eingreifen.

Bei den generischen Arzneimitteln fordert der Hauptverband, die Orientierung am Preis des Originals aufzuheben und sich in Zukunft nur noch am günstigsten Anbieter zu orientieren. Hier forderte die Pharmaindustrie, vom planwirtschaftlichen Ansatz abzusehen und ein ausreichendes Preisband einzuführen, um mehrere Wettbewerber am Markt zu halten.

Das BMG kündigte an, in einer Änderung des ASVG die offenen Punkte einer endgültigen Lösung zuzuführen.

**Zukunftsstrategie.** Ein weiteres Schwerpunktthema der Pharmabranche war die Entwicklung einer Zukunftsstrategie für den Life Science- und Pharmastandort Österreich unter der Leitung des BMWFW. Dabei wurde die gesamte Wertschöpfungskette von Forschung über Entwicklung, Produktion, Vertrieb bis hin zum Patienten be-

trachtet. Erste Ergebnisse zur Umsetzung wurden bereit 2016 in Angriff genommen. Allen voran die Einrichtung eines sogenannten Translational Research Centers, das als Bindeglied zwischen Universitäten und Firmen Forschungsergebnisse für den Patienten verfügbar machen soll. Die Wirkungsevaluierung des Erfolgsmodells Forschungsprämie führte zu konkreten Planungen zu deren Ausweitung. Weitere Umsetzungsschritte werden für 2017 erwartet.

**Wertschöpfungsanalyse.** Einen wichtigen Bestandteil der Strategie bildet eine vom Fachverband mitbeauftragte Wertschöpfungsanalyse der Donau Uni Krems. Diese zeigt die hohen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte der Life Science Branche in Österreich: Rund 20.000 Mitarbeiter sind direkt in Pharmaunternehmen beschäftigt. Die direkte Wertschöpfung beträgt 4,8 Mrd. Euro, zusammen mit indirekten Effekten ergibt sich ein Betrag von 9,7 Mrd. Euro. Damit leistet die Pharmawirtschaft einen Beitrag von rund 2,8 Prozent des gesamten BIP in Österreich.

**Arzneimittelfälschungen.** Der delegierte Rechtsakt zur Festlegung der Sicherheitsmerkmale in der Bekämpfung von Arzneimittelfälschungen wurde im Februar 2016 veröffentlicht. Damit ist die Frist zur Einführung der Sicherheitsmerkmale für Arzneimittelverpackungen und zur Errichtung des Verifikationssystems im Februar 2018 endgültig entschieden. Die österreichische Pharmawirtschaft hat sich zügig an die Vorbereitung zur Umsetzung gemacht.

**Chemikalienrecht.** Einige in der Pharmaindustrie wichtige Prozesschemikalien und Hilfsstoffe sind in den Strudel des chemikalienrechtlichen Zulassungsregimes geraten. Dies betrifft mit t-Octylphenoethoxylat eine wichtige Substanz für die Reinigung von biologischen Arzneimittelwirkstoffen. Der Fachverband hat sich für eine signifikant längere Ablaufrist (Sunset date) eingesetzt. Weitere für die pharmazeutische Industrie wichtige Hilfsstoffe in Prüfung sind aprotische Lösemittel und das weit verbreitete Titandioxid, das nicht nur die weiße Farbe sondern auch die minimale Größe von Tabletten ermöglicht.



## Kunststoffe

### Bauökologische Diskussionen lassen Weitblick vermissen

**Ruhiges Jahr.** Nach dem turbulenten Jahr 2015 segelte die Kunststoffbranche 2016 wieder in ruhigeren Gewässern. Die Hektik bei den Rohstoffpreisen war zumindest in den ersten drei Quartalen nicht zu verspüren, was sich allerdings auch auf die Umsätze auswirkte. Die Kunststoffherzeugung verzeichnete ein Minus von 4,7 Prozent und fiel damit mit 1,9 Mrd. Euro wieder unter die die 2-Milliarden-Umsatzmarke. Die Kunststoffverarbeitung konnte ihren Produktionswert mit 5,3 Mrd. Euro in etwa halten.

**Handelsbilanz positiv.** Wesentliche Impulse kamen für die Kunststoffverarbeitung dabei wieder aus dem Auslandsgeschäft. Gut lief der Handel mit dem wichtigsten Partner Deutschland (+2,6 Prozent), noch deutlich besser mit Italien (+13,2 Prozent), dem Vereinigten Königreich (+15,3 Prozent) und Ungarn (+9,3 Prozent). Die Exporte nach China, das auch ein wichtiger Abnehmer ist, gingen um fast 30 Prozent zurück.

Die Handelsbilanz mit Kunststoffwaren ist hoch positiv: 2016 wurden rund 570 Mio. mehr Waren exportiert als importiert.

**Bauökologie-Diskussion.** Politisch war das Jahr in Österreich durch das Wiederaufflammen der Bauökologie-Diskussion gekennzeichnet. Ein Entwurf für verbindliche Leitlinien für bauökologisch vorbildhafte Sanierungen im Bundesbereich ist Ende September mit äußerst kurzer Begutachtungsfrist im Fachverbandsbüro eingelangt. Eine erste Sichtung zeigte rasch, dass wieder Diskriminierungen, vor allem von PVC-Produkten, darin festgeschrieben werden sollten. Der Fachverband hat dazu negativ Stellung genommen, das Wirtschaftsministerium hat eine genaue Prüfung der Einwände zugesagt.

Das Aufflackern dieser Debatte hatte sich im Versuch, in Zukunft bei klimaaktiv-Kriterien das Vorhandensein von unternehmensspezifischen EPDs mit Pluspunkten zu bewerten, angekündigt. Dies würde

vor allem in Tirol und der Steiermark zu Schwierigkeiten führen, da dort klimaaktiv in der Wohnbauförderung verankert ist. Bislang haben nur wenige Firmen unternehmensspezifische EPDs. Die meisten greifen auf Branchen-EPDs zurück. Diese Änderungen wurden letztlich zurückgestellt.

**PVC-Fenster erfüllen Ökokriterien.** Positiv entwickelte sich die Akzeptanz von PVC-Fenstern bei Kommunen mit besonders strengen Ökokriterien. Nachdem die Fenster-Firmen im Österreichischen Arbeitskreis Kunststofffenster die Einhaltung gewisser Öko-Qualitätsstandards zugesichert haben, überdachte diese ihre Position.

**Kostenrechner für Fenster.** Unterstützt wird die Argumentation der Kunststofffensterindustrie durch ein vom Österreichischen Arbeitskreis Kunststofffenster im Fachverband auf seiner Website [www.fenster.at](http://www.fenster.at) installiertes Kostenberechnungstool für Fenster. Es macht Vergleiche verschiedener Fenster über die Kosten für die gesamte Lebensdauer materialneutral möglich.

**Zero Pellet Loss.** Im Frühjahr 2016 wurde auch der erste Umsetzungsbericht zum „Zero Pellet Loss“-Pakt, den der Fachverband mit Minister Ruppenthal vereinbart hat, fertiggestellt und vom Umweltbundesamt abgenommen. Die Branche hat zwar das gesetzte Ziel – die Reduktion von Kunststoffrohstoffverlusten auf unter 1 Kilogramm pro Tag – bereits nach einem Jahr erreicht, das Thema wird aber weiter auf dem Tisch sein. Der Fachverband wird sich schwerpunktmäßig Aktivitäten im Bereich Transport und Schulung bei der Ausbildung im Rahmen der Umsetzung widmen.

**Kreislaufwirtschaft.** Europapolitisch stand das Circular Economy Package der EU im Zentrum der Fachverbandsarbeit. Dieses Kreislaufwirtschaftspaket der EU mit sechs Richtlinien-Vorschlägen ist vor allem auch für die Kunststoffbranche von Relevanz. Eine eigene Kunststoffstrategie („EU-Strategy for Plastics“) soll im 4. Quartal 2017 veröffentlicht werden. Davor wird eine Roadmap erarbeitet. Bereiche, in denen Maßnahmen zu erwarten sind, sind vorrangig Recycling, Öko-Design und gefährliche Stoffe.



## Biokraftstoffe

### Umgestaltung der europäischen Biokraftstoffpolitik gibt Grund zur Sorge

**Umgestaltung.** Mit dem am 30. November 2016 durch die Europäische Kommission veröffentlichten Paket „Clean Energy for all Europeans“ wurde unter anderem ein Vorschlag für die Umgestaltung der „Erneuerbaren-Energie-Richtlinie“ (RED) vorgestellt. Der Richtlinienentwurf sieht auch eine maßgebliche Umgestaltung der europäischen Biokraftstoffpolitik bis 2030 vor.

**Zweifelhafte Reduktionspläne.** Im Verkehrssektor wird eine Verpflichtung von Kraftstoffanbietern zur Erhöhung des Erneuerbaren-Anteils von 1,5 Prozent (2021) auf 6,8 Prozent (2030) vorgeschlagen. Der Anteil von Biokraftstoffen aus Lebens- und Futtermittelpflanzen (Biokraftstoffe der ersten Generation) soll jedoch schrittweise von 7,0 Prozent (2021) auf 3,8 Prozent (2030) reduziert werden. Abfallbasierte Biokraftstoffe aus Altspeiseöl, Tierfetten oder Molasse will die Europäische Kommission wiederum mit einem Anteil von 1,7 Prozent limitieren. Außerdem soll der Mindestanteil von sogenannten „fortgeschrittenen Biokraftstoffen“ schrittweise von 0,5 Prozent

(2021) auf 3,6 Prozent (2030) erhöht werden. Die Anforderungen an die minimale Treibhausgas-Einsparung für fortgeschrittene bzw. abfallbasierte Biokraftstoffe wird ab 1.1.2021 mit 70 Prozent festgelegt.

**Investitionen gefährdet.** Die geplante Reduktion des Anteils von Biokraftstoffen der ersten Generation ist hinsichtlich Investitionssicherheit und Investorenschutz kritisch zu sehen. In Österreich wurden mit der EU-Biokraftstoff-Richtlinie 2003/13/EG massive Investitionen in Biokraftstoffanlagen ausgelöst. Aktuell beträgt die heimische Biodiesel-Produktionskapazität in etwa 470.000 Tonnen. In Folge hat man sich auf europäischer Ebene erst im Herbst 2015 auf eine Deckelung des Anteils von Biokraftstoffen der ersten Generation auf 7 Prozent als vernunftbetonte Kompromisslösung geeinigt. Diese bestehende Einigung nun aufzuschnüren, um den Anteil schrittweise auf 3,8 Prozent zu senken, würde die getätigten Investitionen massiv gefährden. Die in den EU-Mitgliedstaaten bereits vorhandenen Biokraftstoffpotentiale zur Re-

duktion der Treibhausgase im Verkehrssektor sollten daher weiterhin genützt und nicht beschnitten werden.

**Unrealistische Ziele.** In Bezug auf die Anhebung des Ziels für „fortgeschrittene Biokraftstoffe“ ist zu hinterfragen, ob der vorgeschlagene Wert von 3,6 Prozent tatsächlich realistisch ist. Zu bedenken sind die Limitierungen beim Rohstoff, fehlende Produktionsanlagen im industriellen Maßstab (insbesondere beim biogenen Diesel-Ersatz) sowie die hohen Produktkosten.

**Wiederverwertung nicht bremsen.** Auch die Begrenzung des energetischen Anteils von einzelnen abfallbasierten Biokraftstoffen auf 1,7 Prozent unterminiert Anstrengungen, zunehmend mehr abfallbasierte Ausgangsstoffe einzusetzen. Laut Biokraftstoffbericht des BMLFUW für das Berichtsjahr 2015 beträgt der Anteil an abfallbasierten Rohstoffen (Altspeiseöle, Tierfette, Fettsäuren) an der heimischen Biodieselprodukten 38 Prozent. Auch dieses Potential sollte weiterhin genützt und nicht reduziert werden.

## Düngemittel

### Neues Düngemittelrecht macht Produzenten Sorgen

**Starker Preisdruck.** Während die Verkäufe bei organischen Düngern in den ersten drei Quartalen positiv verlaufen sind, litten Mineraldünger unter dem starken Preisdruck am Agrarmarkt. Trotz Auslastung der Produktionskapazitäten konnte nur ein unbefriedigendes Ergebnis erzielt werden. Entsprechend vorsichtig blickt die Branche auf das neue Düngejahr 2017 – wobei man weiter am grundsätzlich positiven Ausblick auf die Landwirtschaft festhält. Bei den organischen Düngemitteln ist man aufgrund der Belegung der Nachfrage optimistisch.

**Nachhaltigkeit.** Sehr positiv hat sich das Thema Recycling entwickelt. Die österreichischen Düngerproduzenten suchen gemeinsam mit der Wissenschaft und der Abwasserwirtschaft nach innovativen Lösungen für Phosphor im Abwasser. Erfolgsversprechende Ansätze werden derzeit konkret auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und getestet.

**Neues EU-Düngemittelrecht.** Besondere Aufmerksamkeit und hohes Engagement hat 2016 der Düngemittelwirtschaft die intensive Diskussion um den neuen gesetzlichen Rahmen für das Inverkehrbringen von Düngemitteln in der Europäischen Union, abverlangt. Das Ringen um ein faires und praktikables Gesetzeswerk geht 2017 intensiv weiter. Die Düngerindustrie sieht vor allem im geplanten drastischen Reduzieren der Cadmium-Grenzwerte eine große Bedrohung der zukünftigen Produktions- und Marktbedingungen in Europa.



## Pflanzenschutz

### Wirkstoff-Kahlschlag verhindern

**Information gegen Polemik.** Das Jahr 2016 war geprägt von einer Wirkstoffdebatte. Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) konnte sich dabei als sachlicher Dialogpartner positionieren. Im Zuge der Diskussion hat sich jedoch gezeigt, dass die Europäische Union weiterhin Versprechen schuldig bleibt, denn das Verfahren zur Zulassung von Wirkstoffen wird zunehmend langwieriger und die wissenschaftliche Faktenbasis gerät gegenüber Polemik und Panikmache ins Hintertreffen. Umso wichtiger war es, die Argumente der NGOs sachlich zu entkräften und zu widerlegen.

**Kein Risiko für Bienen.** Das wird auch 2017 nötig sein. Denn die Bilanz nach drei Jahren Neonicotinoid-Moratorium ist ermutigend: Die Bienenverluste sind trotz des Verbots nach wie vor hoch. Aktuelle Studien, zahlreiche Experten und die Veterinärmedizinische Universität betonen auch, dass Neonics bei sachgemäßer Anwendung keinesfalls die Hauptursache für hohe Bienenverluste sein können, sondern Krankheiten und Schädlinge. Der wirtschaftliche Schaden des Moratoriums ist jedenfalls enorm. Deshalb wird die IGP die Folgen dieses politischen Entscheids auf-

zeigen und für ein Ende des Moratoriums eintreten.

**Landwirtschaft unterstützen.** Auch dieses Jahr wird sich die IGP gegen den Wirkstoff-Kahlschlag der Europäischen Union stellen. Denn ein Impact Assessment zum Verlust von 75 Wirkstoffen zeigt die wirtschaftlich dramatischen Folgewirkungen: Die Erträge würden allein in Österreich um zwei Millionen Tonnen bzw. 412 Millionen Euro pro Jahr sinken und mittelfristig sind 30.000 Arbeitsplätze in Gefahr. Gleichzeitig könnten Pflanzenkrankheiten in unsere Ernährung gelangen, die auch für Menschen gesundheitliche Risiken bergen.

**IGP Dialog trifft Nerv der Zeit.** Beim IGP Dialog diskutierte ein hochwertiges Podium die Auswirkungen der Lebensmittelverschwendung sowie globale Strategien zur Versorgungssicherheit. Zahlreiche Interessenvertreter, Experten und Landwirte sind der Einladung gefolgt und haben sich an der Diskussion beteiligt. Das zeigt, dass sich der IGP Dialog als wichtiges Forum für einen sachlichen Austausch zu den Themen Ernährung und Landwirtschaft etabliert hat.

→ [www.igpflanzenschutz.at](http://www.igpflanzenschutz.at)

## Waschmittel/Kosmetik/Aerosole

### Branche überproportional durch Chemikalienrecht belastet

**Herausforderndes Jahr.** Auch das Jahr 2016 war für Mitgliedsbetriebe des Fachverbandes, die im Bereich der Wasch- und Reinigungsmittel bzw. Kosmetika und bei Aerosolen tätig sind, herausfordernd. Ein gesättigter Inlandsmarkt sowie politische Unsicherheiten, insbesondere in Mittel- und Osteuropa bestimmten maßgeblich das wirtschaftliche Umfeld. Sowohl im Kosmetikbereich als auch im Wasch- und Reinigungsmittelbereich konnten trotzdem leichte Umsatzsteigerungen erzielt werden. Dies ist primär auf Anpassung des Produktportfolios mit neuen innovativen Produkten zurückzuführen.

Die immer noch angespannte allgemeine wirtschaftliche Lage in 2016 und der Kostendruck der öffentlichen Hand führten im professionellen Reinigungsbereich zu keinem nennenswerten Umsatzzuwachs.

**Hohe Gesetzesfolgekosten.** Gemäß einer Folgenabschätzung der EU-Kommission belaufen sich die Kosten für die Einhaltung von Rechtsvorschriften im Umweltbereich bei den Produzenten von Wasch- und Reinigungsmitteln insgesamt auf etwa 670 Millionen Euro europaweit. Dies entspricht 11 Prozent der in der Branche erzielten Wertschöpfung sowie einem Drittel der Gewinne. Mit 6,2 Prozent der Wertschöpfung machen die Kosten, die speziell durch die Chemikaliengesetzgebung (REACH, CLP und das Biozidproduktrecht) anfallen, den größten Teil aus. Sie entstehen durch den überproportionalen Verwaltungsaufwand, der den Unternehmen durch ressourcenintensive Auflagen und Strukturen auferlegt wird.

Die Studie zeigt deutlich, dass die Wasch- und Reinigungsmittelindustrie im Vergleich mit anderen Branchen der chemischen Industrie überproportional von Gesetzesfolgekosten, besonders im administrativen Bereich betroffen ist. Hier ist dringender Handlungsbedarf seitens der Politik auf europäischer, aber auch auf nationaler Ebene gefragt. Auch wenn nach Ablauf der Registrierungsfrist für REACH im Jahr 2018 eine Verringerung des Verwaltungsaufwands zu erwarten ist, so muss man auch damit rechnen, dass die Kosten für die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften für Biozide weiterhin deutlich steigen werden. Es bleibt zu hoffen, dass sich die politischen Entscheidungsträger mit den Ergebnissen der Studie befassen und Maßnahmen treffen, um den durch die Gesetzgebung entstehenden Verwaltungsaufwand für die betroffenen Unternehmen im Wasch- und Reinigungsmittelbereich zu verringern.

**Nachhaltigkeit.** Trotzdem setzen die Unternehmen ihre freiwilligen Aktivitäten zur Nachhaltigkeit fort. Nachhaltige und innovative Weiterentwicklung von effizienten Wasch- und Reinigungsmitteln ist eine wesentliche Säule für eine wirtschaftliche Stabilität der Branche.

**Kosmetikrecht mit Fragezeichen.** 5 Jahre sind seit der verpflichtenden Anwendung der neu gefassten EU-Kosmetikverordnung nunmehr vergangen. Aber immer noch gibt es einige offene Punkte, die im Sinn der Rechtssicherheit auf EU-Ebene rasch be-

reingt werden müssen: Das Zusammenspiel zwischen Chemikalienrecht und den stoffspezifischen Anhängen der EU Kosmetikverordnung; die unklare, weitgefassete Definition von Nanomaterialien und die Festlegung der Kriterien für endokrine Disruptoren.

Aber auch die Kosmetikbranche kommt ihrer Verantwortung zur Nachhaltigkeit nach. Mit der freiwilligen Selbstverpflichtung zum Verzicht auf Mikroplastikpartikeln in ihren Produkten, trägt sie zur weiteren Reduktion ihres ohnehin schon geringen Beitrags von Kunststoffteilen in Gewässern bei. Zusätzlich investieren die Unternehmen der Kosmetikindustrie europaweit substantielle Ressourcen in die Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen.

**Öffentlicher Dialog.** Die Kommunikation mit der interessierten Öffentlichkeit wird unter der Branchenplattform kosmetiktransparenz.at online fortgesetzt und gezielt der interaktive Dialog forciert. Ein überarbeiteter Internetauftritt, regelmäßige Newsletter und Blogs über neueste Trends und Entwicklungen führen zu einer erfreulichen Akzeptanz.

**Aerosole.** Die europäische Aerosolrichtlinie, die die Rahmenbedingungen für das Inverkehrbringen von Aerosolen regelt, ist bestimmt eine der ältesten, bestehenden Regelungen in der EU; aber sie funktioniert. Auch neuen Entwicklungen, wie dem Einsatz von Druckluft anstelle von druckverflüssigten Gasen, wird Rechnung getragen. So wurde 2016 eine Erhöhung des Maximaldrucks für nicht-brennbare Treibmittel beschlossen. Ebenfalls in Diskussion ist die Erhöhung der Nennfüllmenge für Kunststoff-aerosole auf maximal 1.000 ml, die neue, innovative Einsatzmöglichkeiten für das Verpackungsmaterial ermöglicht.

Ebenfalls einen Schritt in die richtige Richtung gehen die Diskussionen zur Überarbeitung der nationalen Bestimmungen zur Lagerung von Aerosolen. Zu hoffen bleibt, dass der Beschluss der in Aussicht gestellten Novelle im heurigen Jahr rasch erfolgt. So können bei gleichbleibender Sicherheit nicht nur die Kosten für die Mitgliedsbetriebe gesenkt werden, sondern es werden auch planbare Rahmenbedingungen geschaffen.



## Lacke und Anstrichmittel

### Aufwärtstrend konnte weiter zulegen

**Zufriedenstellendes Jahr.** Das vergangene Jahr 2016 war für die österreichische Lack- und Anstrichmittelindustrie durchaus zufriedenstellend. Die Unternehmen konnten sich trotz schwierigem Umfeld gut behaupten. Der bescheidene Aufwärtstrend des Jahres 2015 konnte weiter zulegen. Insbesondere im Bereich der Bautenfarben gab es eine bessere Entwicklung als noch im vorangegangenen Jahr. Auch die für Österreich so wichtigen Exportmärkte in Zentral- und Osteuropa sind überraschend gut gelaufen. Hierbei ist besonders die Entwicklung in Russland und der Ukraine, aber auch eine Verbesserung in Polen hervorzuheben.

**Drohende Titandioxid-Einstufung.** Bei der Umsetzung der neuen chemikalienrechtlichen Vorschriften REACH und CLP werden zunehmend schärfere Einstufungen für Rohstoffe der Lackindustrie vorgeschlagen und weitgehende Verbots- und Beschränkungsmaßnahmen drohen am Horizont. An erster Stelle ist hier der Vorschlag Frankreichs für eine harmonisierte Einstufung von Titandio-

xid als „wahrscheinlich kanzerogen – Kategorie 1b – kann bei Einatmen Krebs erzeugen“ – zu nennen. In einer breiten Konsultation zu dem Vorschlag hat sich zwar die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer gegen eine derartige Einstufung ausgesprochen, allerdings haben Behörden aus Belgien, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und auch aus Deutschland Unterstützung für den Vorschlag signalisiert. Es ist dem Fachverband gelungen, die zuständigen österreichischen Behörden von einem mehr risikobasierten Ansatz zu überzeugen.

**Hohe Anforderungen.** Auch bei den Biozidprodukten, die als Konservierungsmittel für moderne Lacke und Farben unverzichtbar sind, drohen Beschränkungen. Durch die teure und aufwändige Wirkstoffgenehmigung auf EU-Ebene, wurde die Anzahl der Biozide, die für eine Konservierung von Lacken und Farben im Einsatz waren, deutlich reduziert. Aufgrund der hohen Anforderungen im Biozidrecht, könnten für die Lackindustrie in Zukunft viele Topfkonser-

vierungsmittel und Beschichtungsschutzmittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Der heutige Kenntnisstand ermöglicht einen sehr bewussten und nachhaltigen Umgang mit Bioziden. Pauschale Mengenreduzierungen ohne Berücksichtigung des Nutzens von Bioziden werden von der Lack- und Anstrichmittelindustrie abgelehnt. Neue regulatorische Maßnahmen sollten nur auf Grundlage einer wissenschaftlichen Risikobewertung für den jeweiligen Einzelfall vorgeschlagen werden.

**Neue Ausbildungen.** 2015 wurde mit dem neuen modularen Lehrberuf des Lack- und Anstrichmitteltechnikers ein neuer Ausbildungsweg beschritten. Nach Absolvierung des 2-jährigen Grundmoduls Chemie, kann im Jahr 2017 mit dem ersten Hauptmodul Lack gestartet werden. Für den neuen Fachhochschullehrgang Lack- und Oberflächentechnik konnte bereits die Einreichung erfolgen, nachdem sich eine Reihe von Unternehmen bereiterklärt hatten, die nötige Anschubfinanzierung zu unterstützen.



## Bauchemie

### Erfreuliche Zuwächse bei Bauklebstoffen

**Bauklebstoffe.** Insgesamt zufriedenstellend war die Umsatzentwicklung im Bereich der Bauklebstoffindustrie. Im ersten Halbjahr 2016 wurde ein leichtes Plus erzielt. Das zweite Halbjahr entwickelte sich auch aufgrund der anziehenden Konjunktur in Deutschland gut. Die Zuwächse bewegten sich teilweise im zweistelligen Bereich.

**Werbekampagne.** Auch 2015 wurde die Werbekampagne „Meine Fliese“, die gemeinsam mit der italienischen Fliesenindustrie, dem Baustoffhandel und dem Fliesenlegerhandwerk durchgeführt wird, fortgesetzt. Nach dem 3. Jahr wird es eine Evaluierung geben.

**Internationale Zusammenarbeit.** Gemeinsam mit dem Deutschen Klebstoffverband IVK gab es Kooperationen bei Normungsvorhaben auf der europäischen CEN-Ebene.

ne, die erfolgreich verlaufen sind. Ein weiterer Schwerpunkt der Berufsgruppenarbeit war die Implementierung der Bauprodukte-Verordnung und hier wiederum im Bereich der Basisanforderung 7 „Nachhaltigkeit von Gebäuden“. Die Bauklebstoffindustrie kooperiert hier mit dem IVK und der Deutschen Bauchemie bei der Erstellung von Environmental Product Declarations (EPD) und beobachtet auch die neuen Entwicklungen der Europäischen Kommission (DG Environment) zum Thema „Product Environmental Footprint“ (PEF).

**Betonzusatzmittel.** Die Umsatzentwicklung im Bereich der österreichischen Betonzusatzmittelindustrie ist durch eine Seitwärtsbewegung auf niedrigem Niveau gekennzeichnet. Diese wird hauptsächlich durch die Zurückhaltung der öffentlichen Auftraggeber bei großen Infrastrukturprojekten verursacht.

## Faserindustrie

### Wachstum auf Rekordniveau, Marktbedingungen unberechenbar

Die Faserindustrie verzeichnete bereits das zweite Jahr in Folge ein erfreuliches Wachstum im 2-stelligen Bereich. Weiterhin haben sich Fremdwährungseffekte positiv ausgewirkt und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Textilfasersorten verbessert.



## Technische Gase

### Moderater Aufschwung

Nach einigen Jahren der Stagnation gelang es der Gaseindustrie im Jahr 2016 wieder ein moderates Wachstum zu realisieren. Vor allem Unternehmen, welche in Bereichen wie Elektromobilität, Internet of Things, Additive Manufacturing, Mess- und Sensortechnik oder auch Emissions- und Abwassermanagement arbeiten, stellen immer höhere Anforderungen an die Produkte und Dienstleistungen der Gaseindustrie, wodurch sich interessante Entwicklungspotentiale ergeben. Negative Trends, wie die Abwanderung von Teilen der produzierenden Industrie in Billiglohnländer, konnten so kompensiert werden.

**Elektrische Energie.** Einer der Haupteinsatzstoffe für technische Gase ist elektrische Energie. Der grundsätzlich positive Ansatz Energieeffizienz zu forcieren hat mit der Umsetzung durch das Energieeffizienzgesetz zu bürokratischem Aufwand und Verunsicherung geführt. Kritisch im Sinne des Europäischen Binnenmarktes sieht die Branche die Tendenzen, die Deutsch-Österreichische Strompreiszone aufzubrechen und begrüßt die Initiativen der Wirtschaftskammer und der E-Control, dies zu verhindern.

**Positiver Ausblick.** Für das Jahr 2017 werden eine Steigerung der Inlandsnachfrage und daraus auch weitere Wachstumschancen in den Bereichen industrieller und medizinischer Gase erwartet.

## Bitumenemulsionen

### Fokus auf Straßenerhaltung erhöht Nachfrage

**Positive Entwicklung.** Die Technologie der Bitumenemulsionen ermöglicht eine kostengünstige Erhaltung des bestehenden Straßennetzes. Durch das verstärkte Augenmerk auf die Straßenerhaltung hat sich die Nachfrage nach dem Einsatz von Bitumenemulsionen im Jahr 2016 äußerst positiv entwickelt. Die Bedeutung der kalten Technologie ist erneut gestiegen und hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen hohen Stellenwert erreicht.

Die Rohstoffpreise sind 2016 bei Gestein auf üblichem Niveau gelegen, im Bereich Rohöl waren die Kurse unbeständig mit steigender Tendenz.

**Herausfordernde Ausschreibungen.** Die Unternehmen waren im Berichtsjahr bei Ausschreibungen allerdings leider wieder mit Anforderungen konfrontiert, die teilweise sowohl aus juristischer wie auch aus

technischer Sicht nicht erfüllbar waren. In den äußerst komplexen Gesprächen der Firmen mit den Vergabestellen wurde dennoch nach Lösungen gesucht, die einerseits den Zielen der ausschreibenden Stellen entsprachen und andererseits durch die Lieferanten erfüllbar waren.

**Website informiert.** Ein äußerst wichtiger Schritt wurde 2016 mit der Branchen-Website der Bitumenemulsionsindustrie ([bitumenemulsionen.fcio.at](http://bitumenemulsionen.fcio.at)) gesetzt. Sie beinhaltet grundlegende Informationen zur Technologie der Bitumenemulsionen, eine umfassende Definition der Anwendungsmöglichkeiten bis hin zu den unverzichtbaren Qualitätskriterien und der Thematik des Umweltschutzes.

→ **Wir laden herzlich ein, die neue Webseite zu besuchen.**



## Kautschukverarbeitende Industrie

### Umsatzrückgänge trotz Marktgewinne

**Rohstoffpreise drücken.** Die Kautschukverarbeitende Industrie kämpfte auch 2016 mit anhaltend herausfordernden konjunkturellen Rahmenbedingungen und den anhaltend niedrigen Rohstoffpreisen. Trotz dieses schwierigen Umfeldes konnten die österreichischen Unternehmen den Mengenabsatz steigern und Marktanteile dazu gewinnen. Umsatzrückgänge konnten dadurch aber nicht verhindert werden.

**Ausblick.** Nachdem die asiatischen Märkte sich als sehr schwierig erweisen, konzentrieren sich die österreichischen Unternehmen zunehmend wieder auf die Märkte in Europa und Nordamerika. Man ist zuversichtlich, auch in diesen anspruchsvollen Märkten im verschärften Preis- und Qualitätswettbewerb zu bestehen.

## Dachbahnen

### Auftragslage im öffentlichen Bereich lässt zu wünschen übrig

Nach einem schwachen Start kam die Konjunktur im Dachbahnen-Bereich im Laufe des Jahres etwas zu Kräften. Insgesamt ließ die Nachfrage im Berichtsjahr dennoch zu wünschen übrig. Die Branche wünscht sich mehr Dynamik, vor allem durch Nachfrage aus dem öffentlichen Bereich, der gegenüber dem privaten und gewerblichen Auftraggeber deutlich hinterherhinkt.



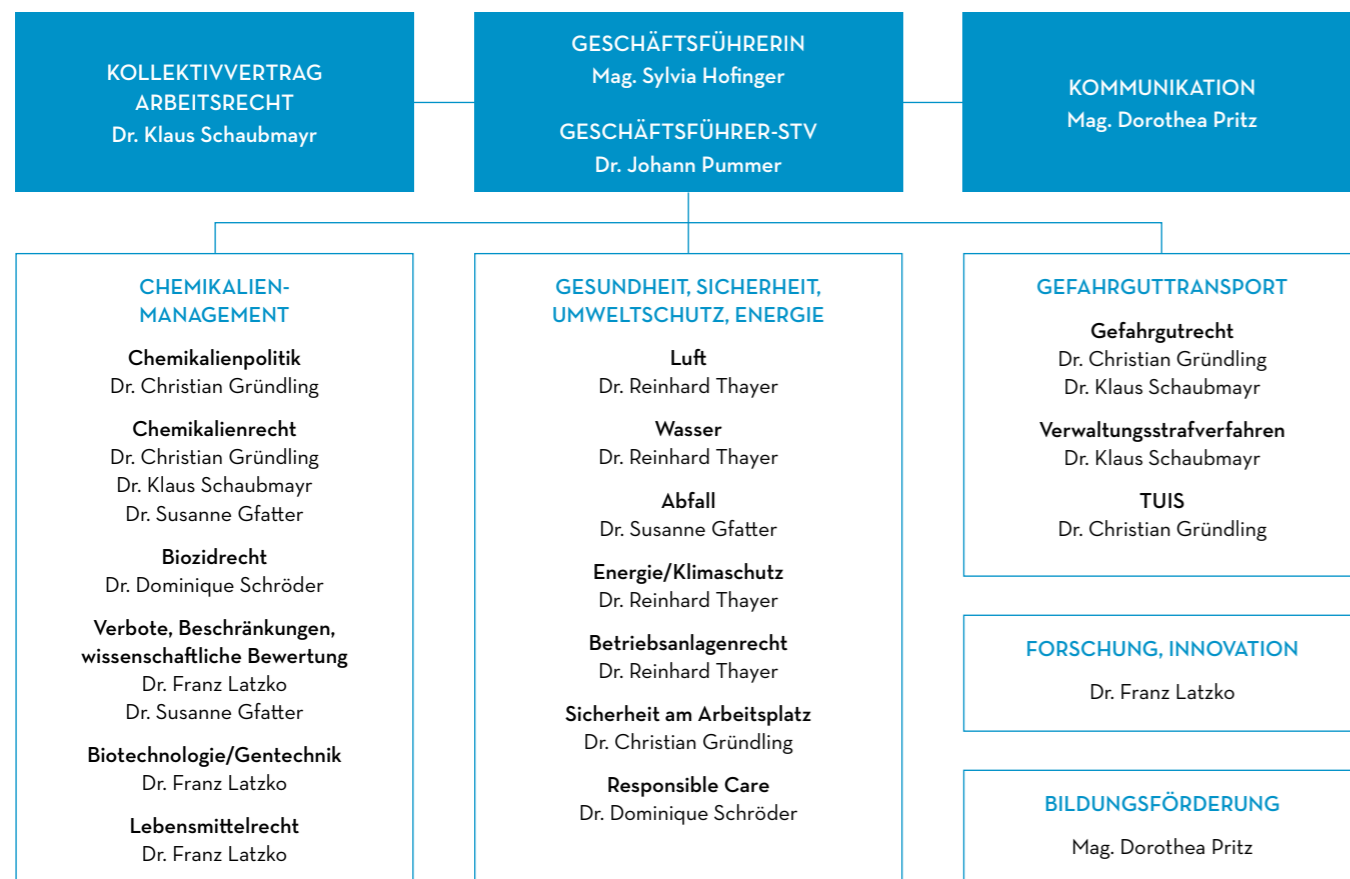
## ANHANG

Dem Fachverband steht ein von allen Mitgliedsfirmen auf jeweils 5 Jahre gewähltes Präsidium vor. Für die derzeit laufende Funktionsperiode wurde Komm.-Rat Ing. Hubert Culik (Rembrandtin Lack GmbH) als Obmann und DI Dr. Alexander Bouvier (Treibacher Industrie AG) und DI Helmut Schwarzl (Geberit Produktions GmbH & Co KG) als seine Stellvertreter gewählt. Dieses Präsidium ist selbst Teil des Fachverbandsausschusses, der 25 Funktionäre umfasst und als oberste Lenkungsorgans des Fachverbandes zum Beispiel über Grundumlagenanteile, Budgetangelegenheiten, Wirtschaftsförderung und Mitgliedschaften bei Organisationen entscheidet. Weiters stellt der Ausschuss bei einer Vielzahl von Sonderthemen die entsprechenden Weichen. Die 29 Fach- und Berufsgruppen befassen sich detailliert mit den zugewiesenen Themen.

Geschäftsverteilung .....	46
Ausschüsse .....	47
Statistik .....	48

- Handel mit Chemiewaren 2016
- Abgesetzte Produktion der chemischen Industrie 2006–2016
- Investitionen der chemischen Industrie 2006–2016
- Anteile der Branchen 2016
- Beschäftigte der chemischen Industrie 2006–2016
- Betriebe der chemischen Industrie 2006–2016

## Geschäftsverteilung



## BRANCHENBETREUUNG

<b>KUNSTSTOFFVERARBEITUNG</b> Dr. Johann Pummer	<b>AEROSOLE</b> Dr. Christian Gründling	<b>TECHNISCHE GASE</b> Dr. Dominique Schröder
<b>KUNSTSTOFFERZEUGUNG</b> Dr. Johann Pummer	<b>LACKE - FARBEN</b> Dr. Klaus Schaubmayr	<b>CHEMIEFASERN</b> Dr. Franz Latzko
<b>PHARMAZEUTIKA</b> Dr. Franz Latzko	<b>HOLZSCHUTZ</b> Dr. Klaus Schaubmayr	<b>LEBENS- UND FUTTERMITTELZUSATZSTOFFE</b> Dr. Franz Latzko
<b>AUSTRIAN BIOTECH INDUSTRY</b> Dr. Franz Latzko	<b>BAUKLEBSTOFFE</b> Dr. Klaus Schaubmayr	<b>TEXTIL-, LEDER-, PAPIERHILFSMITTEL</b> Dr. Christian Gründling
<b>PFLANZENSCHUTZ</b> Dr. Dominique Schröder	<b>BITUMENEMULSIONEN</b> Dr. Johann Pummer	<b>BIOKRAFTSTOFFE</b> Dr. Reinhard Thayer
<b>DÜNGEMITTEL</b> Dr. Dominique Schröder	<b>DACH-, ABDICHTUNGSBAHNEN</b> Dr. Johann Pummer	
<b>WASCHMITTEL/KOSMETIK</b> Dr. Christian Gründling	<b>KAUTSCHUKWAREN</b> Dr. Franz Latzko	

## Ausschüsse

### FACHVERBANDSAUSSCHUSS DER CHEMISCHEN INDUSTRIE

Stand per 31.12.2016

#### PRÄSIDIUM

**KommR Ing. Hubert Culik**  
Rembrandtin Lack GesmbH  
Fachverbandsobmann

**DI Dr. Alexander Bouvier**  
Treibacher Industrie AG  
Fachverbandsobmann-Stellvertreter

**DI Helmut Schwarzl**  
Geberit Produktions GmbH & Co KG  
Fachverbandsobmann-Stellvertreter

#### FACHVERBANDSAUSSCHUSS

**Mag. Dr. Ilse Bartenstein**  
G.L. Pharma GmbH

**Dr. Stefan Doboczky**  
Lenzing AG

**Dipl. Ing. Roman Eberstaller**  
SUNPOR Kunststoff GmbH

**Dipl. Bwt. Thomas Fahnemann**  
Semperit AG

**KommR Ing. Franz Geiger**  
Donau Chemie AG

**Dr. Ernst Gruber**  
Axalta Coating Systems  
Austria GmbH

**KommR Ing. Wolfgang Haider**  
Borealis Polyolefine GmbH

**Dipl. Ing. Karl-Heinz Hofbauer**  
Baxalta AG

**Dipl. Ing. Johann Huber**  
Lenzing Plastics GmbH &  
Co KG

**Mag. Günter Alexander  
Klepsch**  
Senoplast & Co GmbH

**Mag. William Nikola Kraguljac**  
Seletec Plastic Products  
GmbH & Co KG

**Dr. Richard Anton Kwizda**  
Kwizda Pharma GmbH

**Philipp von Lattorff**  
Boehringer Ingelheim RCV  
GmbH & Co KG

**Wolfgang Lux**  
Poloplast GmbH & Co KG

**Ing. Jürgen Rainalter**  
Getzner Werkstoffe GmbH

**Dipl. Ing. Klaus Raunegger**  
MERCK Kommanditge-  
sellschaft auf Aktien &  
Co. Werk Spittal

**Dr. Erik Salzbrenner**  
Patheon Austria GmbH &  
Co KG

**DI Michael Schleiss**  
Greiner Perfoam GmbH

**Mag. Christian Thonke**  
Novartis Austria GmbH

**Mag. Günter Thumser**  
Henkel Central Eastern  
Europe GmbH

**Mag. jur. Dr. Peter Unterkofler**  
Jacoby GM Pharma GmbH

**Stefan Welzig**  
Sanochemia Pharmazeutika  
AG

## FACH- UND BERUFSGRUPPENAUSSCHÜSSE

V ... Vorsitz | AGr. ... Arbeitsgruppe

**Arbeitgeberausschuss**  
V: Dr. Christoph Schwarzer

**Ausschuss für Gesundheit,  
Sicherheit und Umweltschutz -  
Responsible Care**  
V: Dr. Christopher Zachhuber

– **AGr. Chemikalienpolitik**  
V: Dr. Johannes Stockinger

– **AGr. Responsible Care**  
V: Dr. Friedrich Hössl

– **AGr. Wasserrecht**  
V: Dr. Klaus Götzendorfer

– **AGr. Abfallbeauftragte**  
V: Ing. Andreas Griebel

– **AGr. TUIS**  
V: Ing. Karl Hofbauer

– **AGr. Transport**  
V: Ing. Angelika Frauenberger

**Ausschuss für Kommunikation  
und Bildung**

**Berufsgruppenausschuss  
Kunststoffverarbeitende  
Industrie**  
V: DI Helmut Schwarzl

**Berufsgruppenausschuss  
Pharmaindustrie**  
V: Dr. Veit Nitsche

**Berufsgruppe  
Waschmittel - Kosmetik**  
V: Mag. Günter Thumser,  
Mag. Stefan Kukačka

– **AGr. I & I**  
V: Ing. Heinz Roscher

– **Technische AGr. Waschmittel**  
V: Walter Heberlein

– **Technische AGr. Kosmetik**  
V: Ing. Gerhard Gribl

– **AGr. Aerosole**  
V: Ing. Gerhard Gribl

**Berufsgruppe Lackindustrie**  
V: KommRat Ing Hubert Culik,  
MAS

– **Technische AGr. Lacke -  
Holzschutzmittel**  
V: Dr. Wolfgang Schörkhuber

**Industriegruppe Pflanzenschutz**  
V: Dr. Christian Stockmar

**Berufsgruppe  
Bitumenemulsionsindustrie**  
V: DI Wolfgang Eybl

– **Güteschutzausschuss der  
österreichischen Bitumen-  
emulsionserzeuger**

**Berufsgruppe Dach-  
und Abdichtungsbahnen**

**Forum Betonzusatzmittel**  
V: Ing. Markus Kroneder

**Berufsgruppe Bauklebstoffe**  
V: Mag. Bernhard Mucherl

**Österreichischer Arbeitskreis  
Kunststoff-Fenster**

**Arbeitskreis Kunststoffwirtschaft**  
V (alternierend; vom Fach-  
verband): DI Helmut Schwarzl

**ARGE Pharma**  
V: Dr. Ilse Bartenstein

**Austrian Biotech Industry**

**ARGE Holzschutzmittel**  
V: Dr. Wolfgang Schörkhuber

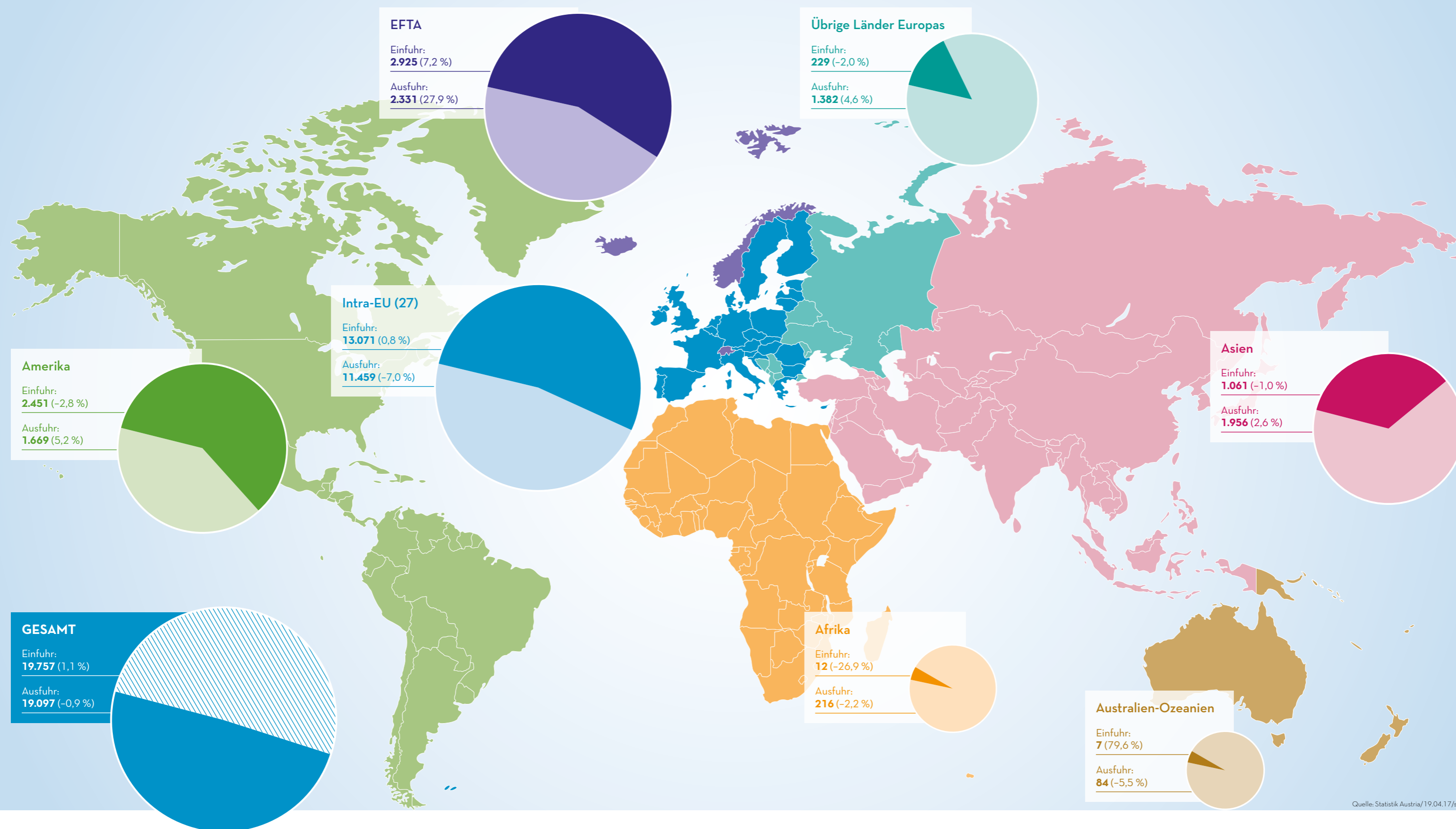
**AGr. Biodiesel**  
V: Ewald Marco Münzer, B.A.



# Statistik

## Handel mit Chemiewaren 2016

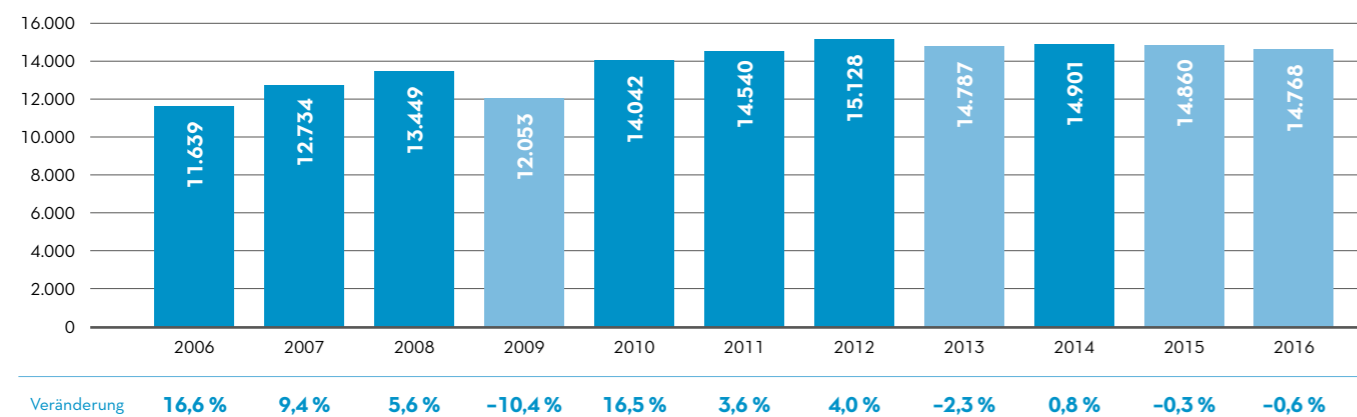
Werte in Mio. EUR



# Statistik

## Abgesetzte Produktion der chemischen Industrie 2006-2016

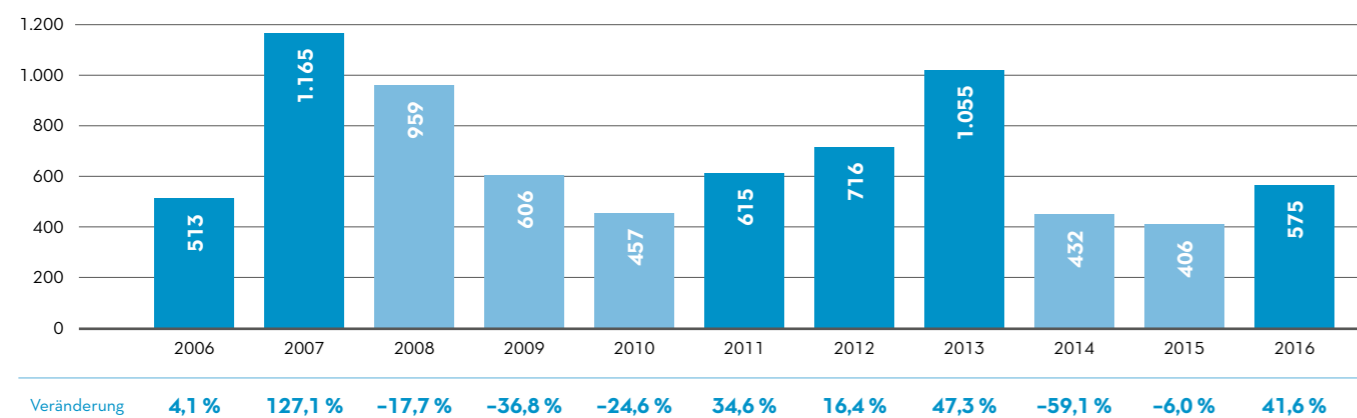
Werte in Mio. EUR 1.000



Quelle: prodcom/04.04.2017

## Investitionen der chemischen Industrie 2006-2016

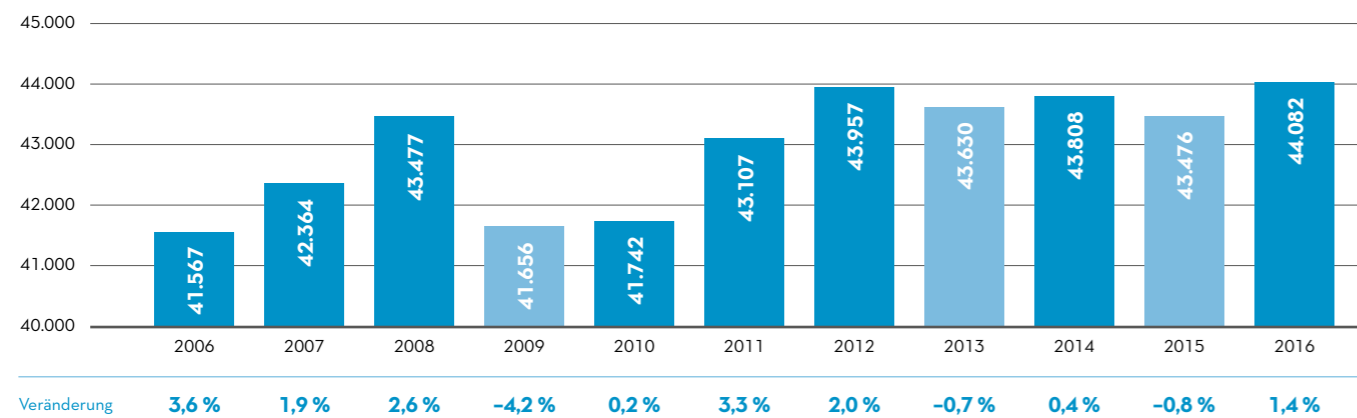
Werte in Mio. EUR, Stand Feb. 2017



Quelle: Investitionstest/WIFO

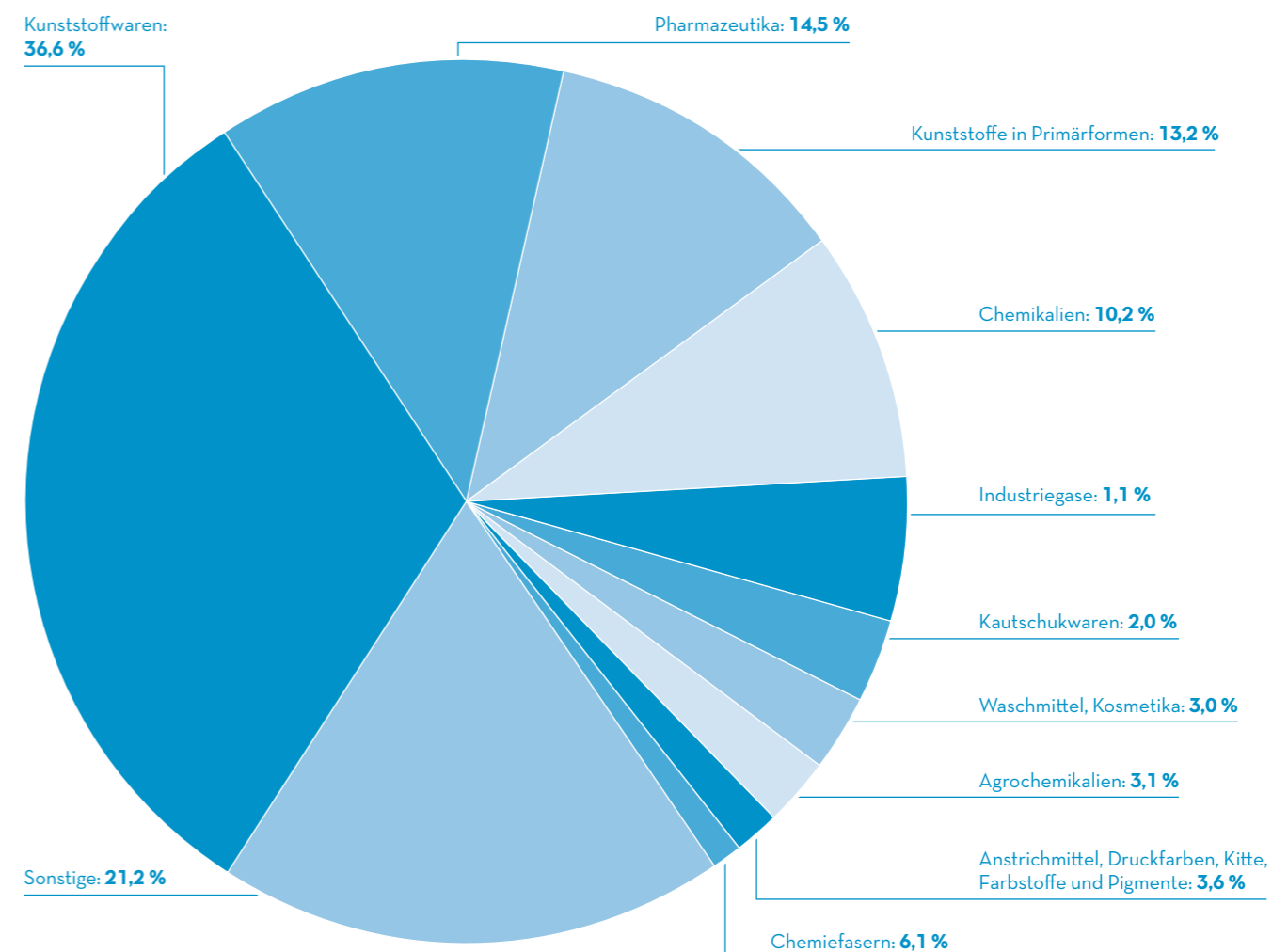
## Beschäftigte der chemischen Industrie 2006-2016

Jahresdurchschnitt



Quelle: kammersys/sawobld/04.04.17/st

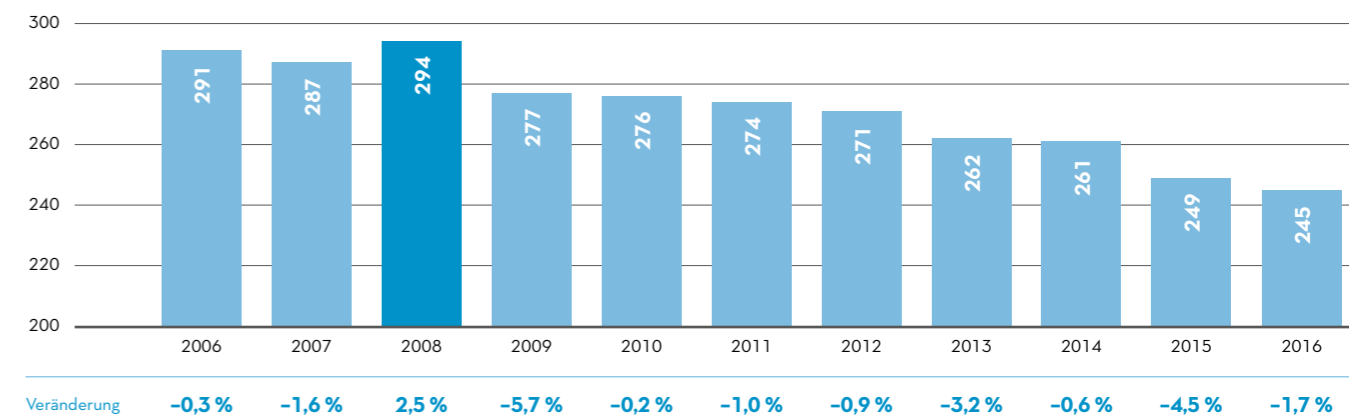
## Anteile der Branchen 2016



Quelle: Prodcom/28.03.17/st

## Betriebe der chemischen Industrie 2006-2016

Jahresdurchschnitt



Quelle: kammersys/sawobld/04.04.17/st



**FACHVERBAND DER  
CHEMISCHEN INDUSTRIE  
ÖSTERREICHS - FCIO**

Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien, Austria  
T +43 (0) 590 900-3340  
F +43 (0) 590 900-280  
M [office@fcio.at](mailto:office@fcio.at)  
[www.fcio.at](http://www.fcio.at)